

Bundesgesetzblatt ²⁷²¹

Teil II

G 1998

2002

Ausgegeben zu Bonn am 28. Oktober 2002

Nr. 40

| Tag | Inhalt | Seite |
|--------------|--|-------|
| 21. 10. 2002 | Gesetz zu dem Zweiten Protokoll vom 19. Juni 1997 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften FNA: 171-3 GESTA: XC014 | 2722 |
| 21. 10. 2002 | Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Mai 1997 über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind GESTA: XC016 | 2727 |
| 21. 10. 2002 | Verordnung zu dem Übereinkommen vom 3. April 2001 zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (O.I.V.) | 2733 |
| 23. 8. 2002 | Bekanntmachung des deutsch-ecuadorianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit | 2752 |
| 5. 9. 2002 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens | 2754 |
| 13. 9. 2002 | Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union | 2755 |
| 13. 9. 2002 | Bekanntmachung über die vorläufige Anwendung des Übereinkommens über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union | 2757 |
| 13. 9. 2002 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister | 2758 |
| 13. 9. 2002 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr und des Protokolls zur Änderung des Abkommens . . . | 2759 |
| 19. 9. 2002 | Berichtigung der Bekanntmachung über das Inkrafttreten von Anlage V und Anhang 3 des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) | 2760 |

Gesetz
zu dem Zweiten Protokoll vom 19. Juni 1997 zum Übereinkommen
über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Vom 21. Oktober 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zum Vertrag

Dem in Brüssel am 19. Juni 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zweiten Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften sowie der Gemeinsamen Erklärung zu Artikel 13 Absatz 2 und der Erklärung der Kommission zu Artikel 7 des Protokolls wird zugestimmt. Das Protokoll und die Erklärungen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

**Änderung des
EG-Finanzschutz-Auslegungsprotokollgesetzes**

In Artikel 2 Abs. 1 des EG-Finanzschutz-Auslegungsprotokollgesetzes vom 10. Juli 2000 (BGBl. 2000 II S. 814) werden nach dem Wort „Gemeinschaften“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „27. September 1996“ die Wörter „oder des Zweiten Protokolls vom 19. Juni 1997“ eingefügt.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 2 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Oktober 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Zweites Protokoll aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Die Hohen Vertragsparteien dieses Protokolls, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind –

unter Bezugnahme auf den Rechtsakt des Rates der Europäischen Union vom 19. Juni 1997,

in dem Wunsch sicherzustellen, dass ihre Strafrechtsvorschriften in wirksamer Weise zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften beitragen,

in Anerkennung der Bedeutung, die das Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995 für die Bekämpfung des Betrugs zum Nachteil der gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben hat,

in Anerkennung der Bedeutung, die das Protokoll vom 27. September 1996 zu diesem Übereinkommen für die Bekämpfung von Bestechungshandlungen hat, mit denen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden bzw. geschädigt werden können,

in dem Bewusstsein, dass die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch Handlungen, die im Namen von juristischen Personen begangen werden, und Handlungen im Zusammenhang mit Geldwäsche geschädigt oder gefährdet werden können,

in der Überzeugung, dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlichenfalls dahin gehend angepasst werden müssen, dass sie vorsehen, dass juristische Personen in Fällen von Betrug oder Bestechung sowie Geldwäsche, die zu ihren Gunsten begangen werden, und mit denen die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden oder geschädigt werden können, verantwortlich gemacht werden können,

in der Überzeugung, dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlichenfalls angepasst werden müssen, damit die Wäsche von Erträgen aus betrügerischen Handlungen oder Bestechungshandlungen, die die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften schädigen oder schädigen können, unter Strafe gestellt wird und die entsprechenden Erträge eingezogen werden können,

in der Überzeugung, dass die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlichenfalls angepasst werden müssen, damit die Rechtshilfe nicht allein aus dem Grund abgelehnt wird, dass es sich bei einer unter dieses Protokoll fallenden Straftat um ein Abgaben- oder Zolldelikt handelt oder dass eine derartige Straftat als ein solches Delikt angesehen wird,

in Anbetracht des Umstands, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bereits im Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995 geregelt ist, dass aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission – unbeschadet der sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergebenden Verpflichtungen – in geeigneter Weise geregelt werden muss, um ein wirksames Vorgehen gegen Betrug, Bestechung und Bestechlichkeit und die damit zusammenhängende Geldwäsche, die die finanziellen Interessen der

Europäischen Gemeinschaften schädigen oder schädigen können, zu gewährleisten, und zwar einschließlich des Informationsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission,

in der Erwägung, dass es zur Förderung und Erleichterung des Informationsaustausches notwendig ist, einen angemessenen Schutz der personenbezogenen Daten zu gewährleisten,

in der Erwägung, dass der Informationsaustausch laufende Untersuchungen nicht behindern darf und dass es deshalb notwendig ist, den Schutz des Untersuchungsgeheimnisses vorzusehen,

in der Erwägung, dass geeignete Bestimmungen über die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften ausgearbeitet werden müssen,

in der Erwägung schließlich, dass die einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vom 26. Juli 1995 auch für bestimmte unter dieses Protokoll fallende Handlungen gelten sollten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1 Definitionen

Im Sinne dieses Protokolls bezeichnet der Ausdruck

- a) „Übereinkommen“ das am 26. Juli 1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeitete Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften¹⁾;
- b) „Betrug“ die in Artikel 1 des Übereinkommens genannten Handlungen;
- c) – „Bestechlichkeit“ die Handlungen im Sinne des Artikels 2 des am 27. September 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeiteten Protokolls zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften²⁾,
– „Bestechung“ die Handlungen im Sinne des Artikels 3 des vorgenannten Protokolls;
- d) „juristische Person“ jedes Rechtssubjekt, das diesen Status nach dem jeweils geltenden innerstaatlichen Recht besitzt, mit Ausnahme von Staaten oder sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts in der Ausübung ihrer hoheitlichen Rechte und der öffentlich-rechtlichen internationalen Organisationen;
- e) „Geldwäsche“ die Handlungen im Sinne des dritten Gedankenstrichs von Artikel 1 der Richtlinie 91/308/EWG des Rates vom 10. Juni 1991 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche³⁾ bezogen auf Erträge aus Betrug, zumindest in schweren Fällen, sowie aus Bestechung und Bestechlichkeit.

1) ABI. Nr. C 316 vom 27. November 1995, S. 49.

2) ABI. Nr. C 313 vom 23. Oktober 1996, S. 2.

3) ABI. Nr. L 166 vom 28. Juni 1991, S. 77.

Artikel 2 **Geldwäsche**

Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Geldwäsche unter Strafe zu stellen.

Artikel 3 **Verantwortlichkeit** **von juristischen Personen**

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine juristische Person für den Betrug, die Bestechung und die Geldwäsche, die zu ihren Gunsten von einer Person begangen werden, die entweder allein oder als Teil eines Organs der juristischen Person gehandelt hat und die eine Führungsposition innerhalb der juristischen Person aufgrund

- der Befugnis zur Vertretung der juristischen Person oder
- der Befugnis, Entscheidungen im Namen der juristischen Person zu treffen, oder
- einer Kontrollbefugnis innerhalb der juristischen Person

innehat, sowie für die Beihilfe oder Anstiftung zu einem solchen Betrug, einer solchen Bestechung oder einer solchen Geldwäsche oder für die versuchte Begehung eines solchen Betrugs verantwortlich gemacht werden kann.

(2) Neben den in Absatz 1 bereits vorgesehenen Fällen trifft jeder Mitgliedstaat die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine juristische Person verantwortlich gemacht werden kann, wenn mangelnde Überwachung oder Kontrolle seitens einer der in Absatz 1 genannten Personen die Begehung eines Betrugs, einer Bestechungshandlung oder einer Geldwäschebehandlung durch eine dieser unterstellten Person zugunsten der juristischen Person ermöglicht hat.

(3) Die Verantwortlichkeit der juristischen Person nach den Absätzen 1 und 2 schließt die strafrechtliche Verfolgung natürlicher Personen als Täter, Anstifter oder Gehilfe in dem Betrugs-, Bestechungs- oder Geldwäschefall nicht aus.

Artikel 4 **Sanktionen für juristische Personen**

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass gegen eine im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 verantwortliche juristische Person wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen verhängt werden können, zu denen strafrechtliche oder nichtstrafrechtliche Geldsanktionen gehören und andere Sanktionen gehören können, beispielsweise:

- a) Maßnahmen des Ausschlusses von öffentlichen Zuwendungen oder Hilfen;
- b) Maßnahmen des vorübergehenden oder ständigen Verbots der Ausübung einer Handelstätigkeit;
- c) richterliche Aufsicht;
- d) richterlich angeordnete Auflösung.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass gegen eine im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 verantwortliche juristische Person wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen oder Maßnahmen verhängt werden können.

Artikel 5 **Einziehung**

Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um die Beschlagnahme und, unbeschadet der Rechte gutgläubiger Dritter, die Einziehung oder Entziehung der Tatinstrumente und Erträge aus dem Betrug, der Bestechung, der Bestechlichkeit und der Geldwäsche oder der Vermögensgegenstände, deren Wert diesen Erträgen entspricht, zu ermöglichen. Der Mitglied-

staat verfügt über beschlagnahmte oder eingezogene Tatinstrumente, Erträge oder andere Vermögensgegenstände nach Maßgabe der nationalen Rechtsvorschriften.

Artikel 6 **Abgaben- und Zolldelikte**

Ein Mitgliedstaat darf Rechtshilfe in einem Fall von Betrug, Bestechung und Bestechlichkeit sowie Geldwäsche nicht allein aus dem Grund ablehnen, dass es sich um ein Abgaben- oder Zolldelikt handelt oder dass der betreffende Fall als ein solches Delikt angesehen wird.

Artikel 7 **Zusammenarbeit mit der** **Kommission der Europäischen Gemeinschaften**

(1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission arbeiten bei der Bekämpfung von Betrug, Bestechung, Bestechlichkeit und Geldwäsche zusammen.

Zu diesem Zweck leistet die Kommission die technische und operative Hilfe, die die zuständigen nationalen Behörden gegebenenfalls zur besseren Koordinierung ihrer Untersuchungen benötigen.

(2) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten können Informationen mit der Kommission austauschen, um die Feststellung des Sachverhalts zu erleichtern und ein effektives Vorgehen gegen Betrug, Bestechung und Bestechlichkeit sowie Geldwäsche sicherzustellen. Die Kommission und die zuständigen nationalen Behörden tragen den Erfordernissen des Untersuchungsgeheimnisses und des Datenschutzes in jedem einzelnen Fall Rechnung. Zu diesem Zweck kann ein Mitgliedstaat, wenn er der Kommission Informationen liefert, spezifische Bedingungen für die Verwendung dieser Informationen durch die Kommission oder durch einen anderen Mitgliedstaat, an den die Informationen übermittelt werden dürfen, festlegen.

Artikel 8 **Verantwortung** **der Kommission für den Datenschutz**

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass sie im Zusammenhang mit dem Austausch von Informationen nach Artikel 7 Absatz 2 bei der Verarbeitung personenbezogener Daten ein Schutzniveau einhält, das dem in der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr¹⁾ vorgesehenen Schutzniveau gleichwertig ist.

Artikel 9 **Veröffentlichung der Datenschutzvorschriften**

Die im Zusammenhang mit den Verpflichtungen nach Artikel 8 erlassenen Vorschriften werden im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht.

Artikel 10 **Übermittlung von Daten** **an andere Mitgliedstaaten und Drittstaaten**

(1) Vorbehaltlich etwaiger Bedingungen nach Artikel 7 Absatz 2 darf die Kommission personenbezogene Daten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Artikel 7 von einem Mitgliedstaat erhalten hat, an einen anderen Mitgliedstaat übermitteln. Die Kommission unterrichtet den Mitgliedstaat, der die Informationen geliefert hat, darüber, dass sie eine derartige Übermittlung beabsichtigt.

¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 23. November 1995, S. 31.

(2) Die Kommission kann unter den gleichen Bedingungen personenbezogene Daten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Artikel 7 von einem Mitgliedstaat erhalten hat, an einen Drittstaat übermitteln, sofern der Mitgliedstaat, der die Information geliefert hat, einer solchen Übermittlung zugestimmt hat.

Artikel 11 **Kontrollstelle**

Jede Stelle, die für die Zwecke der Ausübung einer unabhängigen Datenschutzkontrolle über die personenbezogenen Daten, die die Kommission in Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft verarbeitet hat, benannt oder eingerichtet worden ist, nimmt die gleichen Aufgaben in Bezug auf diejenigen personenbezogenen Daten wahr, die die Kommission nach diesem Protokoll verarbeitet hat.

Artikel 12 **Beziehung zu dem Übereinkommen**

(1) Die Artikel 3, 5 und 6 des Übereinkommens finden auch auf die in Artikel 2 dieses Protokolls genannten Handlungen Anwendung.

(2) Folgende Bestimmungen des Übereinkommens finden auch auf dieses Protokoll Anwendung:

- Artikel 4 mit der Maßgabe, dass Erklärungen im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 des Übereinkommens auch für dieses Protokoll gelten, sofern bei der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 2 dieses Protokolls keine anderslautende Erklärung abgegeben wird;
- Artikel 7 mit der Maßgabe, dass das „ne bis in idem“-Prinzip auch auf juristische Personen Anwendung findet und dass Erklärungen im Sinne des Artikels 7 Absatz 2 des Übereinkommens auch für dieses Protokoll gelten, sofern bei der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 2 dieses Protokolls keine anderslautende Erklärung abgegeben wird;
- Artikel 9;
- Artikel 10.

Artikel 13 **Gerichtshof**

(1) Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Protokolls werden zunächst im Rat nach dem Verfahren des Titels VI des Vertrags über die Europäische Union mit dem Ziel ihrer Beilegung erörtert. Ist die Streitigkeit nach Ablauf von sechs Monaten nicht beigelegt, so kann der Gerichtshof von einer Streitpartei befasst werden.

(2) Der Gerichtshof kann mit Streitigkeiten zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der Kommission über die Anwendung des Artikels 2 in Verbindung mit Artikel 1 Buchstabe e, der Artikel 7, 8 und 10 sowie des Artikels 12 Absatz 2 vierter Gedankenstrich dieses Protokolls, die nicht im Wege von Verhandlungen beigelegt werden konnten, nach Ablauf von sechs Monaten befasst werden, gerechnet von dem Datum des Tages an, an dem die eine Partei der anderen eine Mitteilung gemacht hat, aus der sich das Vorhandensein einer Streitigkeit ergibt.

(3) Das am 29. November 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeitete Protokoll über die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung¹⁾ findet auf das vorliegende Protokoll mit der Maßgabe Anwendung, dass eine Erklärung eines Mitglied-

staats nach Artikel 2 dieses Protokolls auch für das vorliegende Protokoll gilt, es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat gibt bei der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 2 des vorliegenden Protokolls eine anderslautende Erklärung ab.

Artikel 14 **Außervertragliche Haftung**

Für die Zwecke dieses Protokolls bestimmt sich die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft nach Artikel 215 Absatz 2 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Artikel 178 desselben Vertrags ist anwendbar.

Artikel 15 **Gerichtliche Kontrolle**

(1) Der Gerichtshof ist für Klagen von natürlichen oder juristischen Personen zuständig, mit denen diese sich gegen eine ihnen gegenüber ergangene oder sie unmittelbar und individuell betreffende Entscheidung der Kommission wegen eines Verstoßes gegen Artikel 8 oder eine hierzu erlassene Vorschrift oder wegen Ermessensmissbrauch richten.

(2) Artikel 168a Absätze 1 und 2, Artikel 173 Absatz 5, Artikel 174 Absatz 1, Artikel 176 Absätze 1 und 2 sowie die Artikel 185 und 186 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften gelten entsprechend.

Artikel 16 **Inkrafttreten**

(1) Dieses Protokoll bedarf der Annahme durch die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(2) Die Mitgliedstaaten notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union den Abschluss der Verfahren, die nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Annahme dieses Protokolls erforderlich sind.

(3) Dieses Protokoll tritt 90 Tage nach der Notifizierung gemäß Absatz 2 durch den Staat in Kraft, der zum Zeitpunkt der Annahme des Rechtsakts über die Ausarbeitung dieses Protokolls Mitglied der Europäischen Union ist und diese Förmlichkeit als Letzter vornimmt. Ist das Übereinkommen zu dem betreffenden Zeitpunkt jedoch noch nicht in Kraft getreten, so tritt dieses Protokoll zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens in Kraft.

(4) Die Anwendung des Artikels 7 Absatz 2 wird jedoch ausgesetzt, soweit und solange das zuständige Organ der Europäischen Gemeinschaften seiner Verpflichtung nach Artikel 9, die Datenschutzvorschriften zu veröffentlichen, nicht nachgekommen ist oder die Bestimmungen des Artikels 11 betreffend die Kontrollstelle nicht eingehalten werden.

Artikel 17 **Beitritt neuer Mitgliedstaaten**

(1) Dieses Protokoll steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union werden, zum Beitritt offen.

(2) Der vom Rat der Europäischen Union erstellte Wortlaut dieses Protokolls in der Sprache des beitretenden Staates ist verbindlich.

(3) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(4) Dieses Protokoll tritt für jeden Staat, der ihm beitritt, 90 Tage nach der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde oder aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls in Kraft, wenn dieses bei Ablauf des genannten Zeitraums von 90 Tagen noch nicht in Kraft getreten ist.

¹⁾ ABl. Nr. C 151 vom 20. Mai 1997, S. 1.

Artikel 18
Vorbehalte

(1) Jeder Mitgliedstaat kann sich das Recht vorbehalten, die Geldwäsche bezogen auf Erträge aus Bestechung und Bestechlichkeit nur in schweren Fällen von Bestechung und Bestechlichkeit unter Strafe zu stellen. Ein Mitgliedstaat, der einen derartigen Vorbehalt einlegt, unterrichtet den Verwahrer unter Angabe der Einzelheiten des Umfangs des Vorbehalts bei der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 2. Ein derartiger Vorbehalt gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren nach der genannten Notifizierung. Er kann einmal für einen weiteren Fünfjahreszeitraum erneuert werden.

(2) Die Republik Österreich kann bei der Notifizierung nach Artikel 16 Absatz 2 erklären, dass sie nicht an die Artikel 3 und 4 gebunden ist. Eine solche Erklärung verliert fünf Jahre nach

Annahme des Rechtsakts über die Ausarbeitung dieses Protokolls ihre Gültigkeit.

(3) Andere Vorbehalte sind mit Ausnahme der in Artikel 12 Absatz 2 erster und zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Vorbehalte nicht zulässig.

Artikel 19
Verwahrer

(1) Verwahrer dieses Protokolls ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.

(2) Der Verwahrer veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften den Stand der Annahmen und Beitritte, die Erklärungen und Vorbehalte sowie alle sonstigen Notifizierungen im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

Gemeinsame Erklärung zu Artikel 13 Absatz 2

Die Mitgliedstaaten erklären, dass die in Artikel 13 Absatz 2 enthaltene Bezugnahme auf Artikel 7 des Protokolls nur für die Zusammenarbeit zwischen der Kommission einerseits und den Mitgliedstaaten andererseits gilt und das freie Ermessen der Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung von Informationen im Zuge strafrechtlicher Untersuchungen nicht berührt.

Erklärung der Kommission zu Artikel 7

Die Kommission akzeptiert die Aufgaben, die ihr in Artikel 7 des Zweiten Protokolls zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften übertragen werden.

Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 26. Mai 1997
über die Bekämpfung der Bestechung,
an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder
der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind

Vom 21. Oktober 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Dem in Brüssel am 26. Mai 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags über die Europäische Union über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

(2) Die Bundesregierung kann bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eine Erklärung nach Artikel 13 Abs. 4 des Übereinkommens abgeben.

Artikel 2

(1) Jedes Gericht kann dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage zur Vorabentscheidung vorlegen, die sich ihm in einem schwebenden Verfahren stellt, an dem ein Mitglied oder Beamter eines Gemeinschaftsorgans oder einer gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften errichteten Einrichtung beteiligt ist, der in Ausübung seines Amtes gehandelt hat, und die sich auf die Auslegung der Artikel 1 bis 4 oder der Artikel 12 bis 16 des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, bezieht, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seiner Entscheidung für erforderlich hält.

(2) Ein Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, hat dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften zur Vorabentscheidung Fragen nach Absatz 1 vorzulegen, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seiner Entscheidung für erforderlich hält.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach seiner Verkündung in Kraft. Artikel 2 tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben. Das Gleiche gilt für den Tag, von dem an das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 4 vorzeitige Anwendung findet.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 21. Oktober 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Übereinkommen

aufgrund von Artikel K.3 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags über die Europäische Union über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind

Die Hohen Vertragsparteien dieses Übereinkommens, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union –

unter Bezugnahme auf den Rechtsakt des Rates der Europäischen Union vom 26. Mai 1997,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Mitgliedstaaten betrachten die Verbesserung der justitiellen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Bestechung als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse, die unter die durch Titel VI des Vertrags eingeführte Zusammenarbeit fällt.

Der Rat hat mit Rechtsakt vom 27. September 1996 ein Protokoll erstellt, das insbesondere auf die Bekämpfung von Bestechungshandlungen abzielt, an denen nationale oder Gemeinschaftsbeamte beteiligt sind und durch die die finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften geschädigt werden oder geschädigt werden können.

Zur Verbesserung der justitiellen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Strafsachen ist über das genannte Protokoll hinauszugehen und ein Übereinkommen zu erstellen, das generell auf die Bekämpfung von Bestechungshandlungen abzielt, an denen Gemeinschaftsbeamte oder Beamte der Mitgliedstaaten beteiligt sind,

in dem Bestreben, eine kohärente und wirksame Anwendung dieses Übereinkommens in der gesamten Europäischen Union sicherzustellen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Übereinkommens

- a) bezeichnet der Ausdruck „Beamter“ sowohl einen Gemeinschafts- als auch einen nationalen Beamten, einschließlich eines nationalen Beamten eines anderen Mitgliedstaats;
- b) bezeichnet der Ausdruck „Gemeinschaftsbeamter“
 - eine Person, die Beamter oder durch Vertrag eingestellter Bediensteter im Sinne des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften oder der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften ist;
 - eine Person, die den Europäischen Gemeinschaften von den Mitgliedstaaten oder von öffentlichen oder privaten Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird und dort Aufgaben wahrnimmt, die den Aufgaben der Beamten oder sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften entsprechen.

Mitglieder von Einrichtungen, die gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften errichtet wurden, und die Bediensteten dieser Einrichtungen werden

als Gemeinschaftsbeamte behandelt, soweit das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften oder die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften nicht für sie gelten;

- c) wird der Ausdruck „nationaler Beamter“ entsprechend der Definition für den Begriff „Beamter“ oder „Amtsträger“ im innerstaatlichen Recht des Mitgliedstaats, in dem der Betreffende diese Eigenschaft für die Zwecke der Anwendung des Strafrechts dieses Mitgliedstaats besitzt, ausgelegt.

Handelt es sich jedoch um ein Verfahren, das ein Mitgliedstaat wegen einer Straftat einleitet, an der ein Beamter eines anderen Mitgliedstaats beteiligt ist, braucht ersterer die Definition für den Begriff „nationaler Beamter“ jedoch nur insoweit anzuwenden, als diese mit seinem innerstaatlichen Recht im Einklang steht.

Artikel 2

Bestechlichkeit

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens ist der Tatbestand der Bestechlichkeit dann gegeben, wenn ein Beamter vorsätzlich unmittelbar oder über eine Mittelsperson für sich oder einen Dritten Vorteile jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er unter Verletzung seiner Dienstpflichten eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die in Absatz 1 genannten Handlungen Straftaten sind.

Artikel 3

Bestechung

(1) Für die Zwecke dieses Übereinkommens ist der Tatbestand der Bestechung dann gegeben, wenn eine Person vorsätzlich einem Beamten unmittelbar oder über eine Mittelsperson einen Vorteil jedweder Art für ihn selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht oder gewährt, dass der Beamte unter Verletzung seiner Dienstpflichten eine Diensthandlung oder eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt.

(2) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die in Absatz 1 genannten Handlungen Straftaten sind.

Artikel 4

Assimilation

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass in seinem Strafrecht die Umschreibungen der Straftaten im Sinne der Artikel 2 und 3, die von oder gegenüber Ministern seiner Regierung, gewählten Vertretern

seiner parlamentarischen Versammlungen, Mitgliedern seiner obersten Gerichte oder Mitgliedern seines Rechnungshofs bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben begangen werden, in der gleichen Weise für die Fälle gelten, in denen die Straftaten von oder gegenüber Mitgliedern der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, des Europäischen Parlaments, des Gerichtshofs und des Rechnungshofs der Europäischen Gemeinschaften bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben begangen werden.

(2) Hat ein Mitgliedstaat besondere Rechtsvorschriften für Handlungen oder Unterlassungen erlassen, für die Minister der Regierung aufgrund ihrer besonderen politischen Stellung in dem betreffenden Mitgliedstaat verantwortlich sind, so gilt Absatz 1 dieses Artikels nicht für diese Rechtsvorschriften, sofern der Mitgliedstaat gewährleistet, dass die Strafvorschriften, mit denen die Artikel 2 und 3 umgesetzt werden, auch die Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erfassen.

(3) Die Absätze 1 und 2 berühren nicht die in jedem Mitgliedstaat geltenden Bestimmungen über das Strafverfahren und die Bestimmung des jeweils zuständigen Gerichts.

(4) Dieses Übereinkommen findet Anwendung unter voller Einhaltung der einschlägigen Vorschriften der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, der Satzung des Gerichtshofs sowie der dazu jeweils erlassenen Durchführungsvorschriften, was die Aufhebung der Befreiungen betrifft.

Artikel 5

Sanktionen

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die in den Artikeln 2 und 3 genannten Handlungen sowie die Beihilfe zu diesen Handlungen oder die Anstiftung dazu durch wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Strafen geahndet werden können, die zumindest in schweren Fällen auch Freiheitsstrafen umfassen, die zu einer Auslieferung führen können.

(2) Absatz 1 lässt die Ausübung der Disziplinargewalt der zuständigen Behörden gegenüber nationalen oder Gemeinschaftsbeamten unberührt. Bei der Strafzumessung können die nationalen Gerichte Disziplinarmaßnahmen, die gegenüber derselben Person wegen derselben Handlung ergriffen worden sind, entsprechend den Grundsätzen ihres innerstaatlichen Rechts berücksichtigen.

Artikel 6

Strafrechtliche Verantwortung der Unternehmensleiter

Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, damit die Leiter, Entscheidungsträger oder Träger von Kontrollbefugnissen von Unternehmen bei Bestechungshandlungen gemäß Artikel 3, die eine ihnen unterstellte Person zum Vorteil des Unternehmens begeht, nach den Grundsätzen des innerstaatlichen Rechts für strafrechtlich verantwortlich erklärt werden können.

Artikel 7

Gerichtsbarkeit

(1) Jeder Mitgliedstaat trifft die erforderlichen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit für Straftaten, deren Tatbestände er aufgrund der Verpflichtungen aus den Artikeln 2, 3 und 4 geschaffen hat, in den Fällen zu begründen, in denen

- a) die Straftat ganz oder teilweise in seinem Hoheitsgebiet begangen worden ist;
- b) es sich bei dem Täter um einen seiner Staatsangehörigen oder einen seiner Beamten handelt;

c) die Straftat sich gegen eine in Artikel 1 genannte Person oder ein Mitglied der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Organe der Europäischen Gemeinschaften richtet, das zugleich eines seiner Staatsangehörigen ist;

d) es sich bei dem Täter um einen Gemeinschaftsbeamten eines Organs der Europäischen Gemeinschaften oder einer gemäß den Verträgen zur Gründung der Gemeinschaften geschaffenen Einrichtung, die ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat hat, handelt.

(2) Jeder Mitgliedstaat kann bei der Notifizierung gemäß Artikel 13 Absatz 2 erklären, dass er eine oder mehrere Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit gemäß Absatz 1 Buchstaben b, c und d nicht oder nur in bestimmten Fällen oder unter bestimmten Umständen anwendet.

Artikel 8

Auslieferung und Verfolgung

(1) Liefert ein Mitgliedstaat nach seinem Recht seine eigenen Staatsangehörigen nicht aus, so trifft er die erforderlichen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit für Straftaten, deren Tatbestände er aufgrund der Verpflichtungen aus den Artikeln 2, 3 und 4 geschaffen hat, in den Fällen zu begründen, in denen diese Straftaten von seinen Staatsangehörigen außerhalb seines Hoheitsgebiets begangen worden sind.

(2) Jeder Mitgliedstaat befasst, wenn einer seiner Staatsangehörigen beschuldigt wird, in einem anderen Mitgliedstaat eine Straftat, deren Tatbestand aufgrund der Verpflichtungen aus den Artikeln 2, 3 oder 4 geschaffen wurde, begangen zu haben, und er den Betroffenen allein aufgrund von dessen Staatsangehörigkeit nicht ausliefert, seine zuständigen Behörden mit diesem Fall, damit gegebenenfalls eine Verfolgung durchgeführt werden kann. Zu diesem Zweck sind die die Straftat betreffenden Akten, Unterlagen und Gegenstände nach den Verfahren des Artikels 6 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 zu übermitteln. Der ersuchende Mitgliedstaat ist über die eingeleitete Verfolgung und über deren Ergebnisse zu unterrichten.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels ist der Begriff „Staatsangehörige“ eines Mitgliedstaats im Sinne der gegebenenfalls von dem betreffenden Mitgliedstaat gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des Europäischen Auslieferungsübereinkommens abgegebenen Erklärung und entsprechend Absatz 1 Buchstabe c des genannten Artikels auszulegen.

Artikel 9

Zusammenarbeit

(1) Betrifft ein Verfahren hinsichtlich einer Straftat, deren Tatbestand aufgrund der Verpflichtungen aus den Artikeln 2, 3 und 4 geschaffen wurde, zwei oder mehr Mitgliedstaaten, so arbeiten diese Staaten bei den Ermittlungen, der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung wirksam zusammen, zum Beispiel durch Rechtshilfe, Auslieferung, Übertragung der Strafverfolgung oder der Vollstreckung in einem anderen Mitgliedstaat ergangener Urteile.

(2) Steht mehreren Mitgliedstaaten die Gerichtsbarkeit und die Möglichkeit zu, eine Straftat, die auf denselben Tatsachen beruht, wirksam zu verfolgen, so arbeiten die betreffenden Mitgliedstaaten zusammen, um darüber zu entscheiden, welcher von ihnen den oder die Straftäter verfolgt, um die Strafverfolgung nach Möglichkeit in einem einzigen Mitgliedstaat zu konzentrieren.

Artikel 10

Ne bis in idem

(1) Die Mitgliedstaaten wenden in ihrem innerstaatlichen Strafrecht das „Ne bis in idem“-Prinzip an, demzufolge jemand, der in einem Mitgliedstaat rechtskräftig abgeurteilt worden ist, in

einem anderen Mitgliedstaat wegen derselben Tat nicht verfolgt werden darf, sofern im Fall einer Verurteilung die Sanktion vollstreckt worden ist oder derzeit vollstreckt wird oder nach dem Recht des verurteilenden Staats nicht mehr vollstreckt werden kann.

(2) Ein Mitgliedstaat kann bei der Notifizierung gemäß Artikel 13 Absatz 2 erklären, dass er in einem oder mehreren der folgenden Fälle nicht durch Absatz 1 gebunden ist:

- a) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, ganz oder teilweise in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde. Im letzteren Fall gilt diese Ausnahme jedoch nicht, wenn diese Tat teilweise im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats begangen wurde, in dem das Urteil ergangen ist;
- b) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, eine gegen die Sicherheit oder andere gleichermaßen wesentliche Interessen des betreffenden Mitgliedstaats gerichtete Straftat darstellt;
- c) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, von einem Amtsträger des betreffenden Mitgliedstaats unter Verletzung seiner Amtspflicht begangen wurde.

(3) Wird in einem Mitgliedstaat eine erneute Verfolgung gegen eine Person eingeleitet, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat wegen derselben Tat rechtskräftig abgeurteilt wurde, so wird jede in dem zuletzt genannten Mitgliedstaat wegen dieser Tat erlittene Freiheitsentziehung auf eine etwa zu verhängende Sanktion angerechnet. Soweit das innerstaatliche Recht dies erlaubt, werden andere als freiheitsentziehende Sanktionen ebenfalls berücksichtigt, sofern sie bereits vollstreckt wurden.

(4) Ausnahmen, die Gegenstand einer Erklärung nach Absatz 2 waren, finden keine Anwendung, wenn der betreffende Mitgliedstaat den anderen Mitgliedstaat wegen derselben Tat um Verfolgung ersucht oder die Auslieferung des Betroffenen bewilligt hat.

(5) Zwischen den Mitgliedstaaten geschlossene einschlägig bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte und die Erklärungen dazu werden von diesem Artikel nicht berührt.

Artikel 11

Innerstaatliche Rechtsvorschriften

Dieses Übereinkommen hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, innerstaatliche Rechtsvorschriften zu erlassen, die über die Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen hinausgehen.

Artikel 12

Gerichtshof

(1) Streitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die bilateral nicht beigelegt werden konnten, werden zunächst im Rat nach dem Verfahren des Titels VI des Vertrags über die Europäische Union mit dem Ziel ihrer Beilegung erörtert. Ist die Streitigkeit nach Ablauf von sechs Monaten nicht beigelegt, so kann der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften von einer Streitpartei befasst werden.

(2) Streitigkeiten in Bezug auf Artikel 1 – mit Ausnahme des Buchstabens c – und die Artikel 2, 3 und 4 zwischen einem oder mehreren Mitgliedstaaten und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, die eine Frage des Gemeinschaftsrechts oder der finanziellen Interessen der Gemeinschaften betreffen oder an denen Mitglieder oder Beamte von Gemeinschaftsorganen oder von gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften errichteten Einrichtungen beteiligt sind und die auf dem Verhandlungswege nicht beigelegt werden konnten, können von einer Streitpartei dem Gerichtshof vorgelegt werden.

(3) Die Gerichte der Mitgliedstaaten können eine die Auslegung der Artikel 1 bis 4 und 12 bis 16 betreffende Frage, die in einem vor ihnen anhängigen Rechtsstreit aufgeworfen wurde, an

dem Mitglieder oder Beamte von Gemeinschaftsorganen oder von gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften errichteten Einrichtungen beteiligt sind, die in Ausübung ihres Amtes gehandelt haben, dem Gerichtshof zur Vorabentscheidung vorlegen, wenn sie diese Entscheidung zum Erlass ihres Urteils für erforderlich halten.

(4) Die Zuständigkeit des Gerichtshofs nach Absatz 3 ist daran gebunden, dass der betreffende Mitgliedstaat bei der Notifizierung nach Artikel 13 Absatz 2 oder zu einem späteren Zeitpunkt eine Erklärung abgibt, nach der er Entscheidungen des Gerichtshofs anerkennt.

(5) Ein Mitgliedstaat, der eine Erklärung nach Absatz 4 abgibt, kann die Möglichkeit der Vorlage von Vorabentscheidungsersuchen an den Gerichtshof auf diejenigen seiner Gerichte beschränken, deren Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können.

(6) Die Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaft und seine Geschäftsordnung finden Anwendung. Gemäß dieser Satzung können die Kommission sowie jeder Mitgliedstaat unabhängig davon, ob er eine Erklärung nach Absatz 4 abgegeben hat oder nicht, in Rechtssachen nach Absatz 3 beim Gerichtshof Schriftsätze einreichen oder schriftliche Erklärungen abgeben.

Artikel 13

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Annahme durch die Mitgliedstaaten nach Maßgabe ihrer jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften.

(2) Die Mitgliedstaaten notifizieren dem Generalsekretär des Rates der Europäischen Union den Abschluss der Verfahren, die nach ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften für die Annahme dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(3) Dieses Übereinkommen tritt 90 Tage nach der in Absatz 2 genannten Notifizierung durch den Mitgliedstaat, der diese Förmlichkeit zuletzt vornimmt, in Kraft.

(4) Bis zum Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder Mitgliedstaat bei der Notifizierung gemäß Absatz 2 oder zu einem späteren Zeitpunkt erklären, dass dieses Übereinkommen mit Ausnahme des Artikels 12 für ihn in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten Anwendung findet, die dieselbe Erklärung abgegeben haben. Dieses Übereinkommen gilt für den Mitgliedstaat, der eine solche Erklärung abgegeben hat, ab dem ersten Tag des Monats, der auf einen Zeitraum von 90 Tagen nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Erklärung folgt.

(5) Hat ein Mitgliedstaat keine Erklärung nach Absatz 4 abgegeben, so kann er dieses Übereinkommen mit anderen vertragschließenden Mitgliedstaaten aufgrund von bilateralen Übereinkünften anwenden.

Artikel 14

Beitritt neuer Mitgliedstaaten

(1) Dieses Übereinkommen steht allen Staaten, die Mitglied der Europäischen Union werden, zum Beitritt offen.

(2) Der vom Rat der Europäischen Union erstellte Wortlaut dieses Übereinkommens in der Sprache des beitretenden Staates ist verbindlich.

(3) Die Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

(4) Dieses Übereinkommen tritt für jeden Staat, der ihm beiträgt, 90 Tage nach dem Tag der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde oder am Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens in Kraft, wenn dieses bei Ablauf des genannten 90-Tage-Zeitraums noch nicht in Kraft getreten ist.

(5) Falls dieses Übereinkommen bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde noch nicht in Kraft ist, gilt Artikel 13 Absatz 4 für die beitretenden Staaten.

Artikel 15
Vorbehalte

(1) Vorbehalte sind mit Ausnahme der in Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 10 Absatz 2 vorgesehenen Vorbehalte nicht zulässig.

(2) Jeder Mitgliedstaat, der einen Vorbehalt eingelegt hat, kann diesen jederzeit ganz oder teilweise durch entsprechende Notifizierung an den Verwahrer zurückziehen. Die Rücknahme wird zum Zeitpunkt des Eingangs der Notifizierung beim Verwahrer wirksam.

Artikel 16
Verwahrer

(1) Verwahrer dieses Übereinkommens ist der Generalsekretär des Rates der Europäischen Union.

(2) Der Verwahrer veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften den Stand der Annahmen und Beitritte, die Erklärungen und Vorbehalte sowie alle sonstigen Notifizierungen im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

**Verordnung
zu dem Übereinkommen vom 3. April 2001
zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (O.I.V.)**

Vom 21. Oktober 2002

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefasst wurde, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Rechtspersönlichkeit

Die Internationale Organisation für Rebe und Wein (O.I.V.) besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann insbesondere

1. Verträge schließen;
2. bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben, mieten oder pachten, besitzen und darüber verfügen;
3. Prozesspartei sein.

Artikel 2

Bekanntmachung

Das Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein vom 3. April 2001 wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 3

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein nach seinem Artikel 16 Abs. 1 in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 21. Oktober 2002

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin
für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Renate Künast

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein

Agreement establishing the International Organisation of Vine and Wine

Accord portant création de l'Organisation Internationale de la Vigne et du Vin

(Übersetzung)

Preamble

Through an international Agreement concluded on 29 November 1924, the Governments of Spain, France, Greece, Hungary, Italy, Luxembourg, Portugal and Tunisia gathered to create an International Wine Office.

Following a decision of its member states on 4 September 1958, the office was renamed International Vine and Wine Office. This intergovernmental organisation has, at the date of 3 April 2001, forty-five member states.

The General Assembly of the International Vine and Wine Office, in its resolution COMEX 2/97, made at its session of 5 December 1997, held in Buenos Aires (Argentina), decided to proceed, as necessary, with the adaptation of the International Vine and Wine Office to the new international environment. This involved adapting its missions, its human, material and budgetary resources and, as appropriate, its procedures and operating rules, in order to meet the challenges and secure the future of the world vine and wine sector.

In application of Article 7 of the above-mentioned Agreement the Government of the French Republic, following a request from 36 member states, convened a Conference of member states on 14, 15, 22 June 2000 and on 3 April 2001 in Paris.

To this end the member states of the International Vine and Wine Office, hereafter referred to as the Parties, have agreed to the following:

Préambule

Par un Arrangement en date du 29 novembre 1924, les Gouvernements de l'Espagne, de la France, de la Grèce, de la Hongrie, de l'Italie, du Luxembourg, du Portugal et de la Tunisie sont convenus de créer un Office International du Vin.

Par une décision du 4 septembre 1958 des Etats membres à l'époque, cet office a pris le nom d'Office International de la Vigne et du Vin. Cette organisation intergouvernementale comprend, au 3 avril 2001, quarante-cinq Etats membres.

Dans sa résolution COMEX 2/97, prise dans sa séance du 5 décembre 1997 tenue à Buenos Aires (Argentine), l'Assemblée générale de l'Office International de la Vigne et du Vin a décidé de procéder, en tant que de besoin, à l'adaptation au nouveau contexte international des missions de l'Office International de la Vigne et du Vin, de ses moyens humains, matériels et budgétaires, ainsi que, le cas échéant, de ses procédures et règles de fonctionnement pour relever les défis et assurer l'avenir du secteur vitivinicole mondial.

En application de l'article 7 de l'Arrangement susvisé, le Gouvernement de la République française, saisi d'une demande émanant de trente-six Etats, a convoqué une Conférence des Etats membres qui s'est tenue à Paris les 14, 15, 22 juin 2000 et 3 avril 2001.

En conséquence, les Etats membres de l'Office International de la Vigne et du Vin, ci-après désignés les Parties, ont convenu des dispositions qui suivent:

Präambel

Durch ein Abkommen vom 29. November 1924 kamen die Regierungen von Spanien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Luxemburg, Portugal und Tunesien überein, ein Internationales Weinamt zu gründen.

Durch einen Beschluss der damaligen Mitgliedstaaten vom 4. September 1958 wurde diesem Amt die Bezeichnung „Internationales Amt für Rebe und Wein“ gegeben. Diese zwischenstaatliche Organisation umfasst am 3. April 2001 fünfundvierzig Mitgliedstaaten.

Die Generalversammlung des Internationalen Amtes für Rebe und Wein beschloss in ihrer EntschlieÙung COMEX 2/97, die auf ihrer Sitzung am 5. Dezember 1997 in Buenos Aires (Argentinien) angenommen wurde, nach Bedarf die Aufgaben des Internationalen Amtes für Rebe und Wein, seine personellen, materiellen und finanziellen Mittel sowie gegebenenfalls seine Arbeitsverfahren und -regeln an die neuen internationalen Rahmenbedingungen anzupassen, um die Herausforderungen anzunehmen und die Zukunft des weltweiten Weinsektors zu sichern.

In Anwendung des Artikels 7 des genannten Abkommens berief die Regierung der Französischen Republik auf Antrag von sechsunddreißig Staaten eine Konferenz der Mitgliedstaaten ein, die am 14., 15. und 22. Juni 2000 sowie am 3. April 2001 in Paris stattfand.

Als Ergebnis sind die Mitgliedstaaten des Internationalen Amtes für Rebe und Wein, im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet, wie folgt übereingekommen:

Chapter I
Objectives and Activities

Article 1

1. The "International Organisation of Vine and Wine" (O.I.V.) is hereby established. The O.I.V. shall replace the International Vine and Wine Office established by the Agreement of 29 November 1924, as amended, and shall be subject to the provisions of the present Agreement.

2. The O.I.V. shall pursue its objectives and exercise its activities defined in Article 2. The O.I.V. shall be an intergovernmental organisation of a scientific and technical nature of recognised competence for its work concerning vines, wine, wine-based beverages, grapes, raisins and other vine products.

Article 2

1. In the framework of its competence, the objectives of the O.I.V. shall be as follows:

- a) to inform its members of measures whereby the concerns of producers, consumers and other players in the vine and wine products sector may be taken into consideration;
- b) to assist other international organisations, both intergovernmental and non-governmental, especially those which carry out standardisation activities;
- c) to contribute to international harmonisation of existing practices and standards and, as necessary, to the preparation of new international standards in order to improve the conditions for producing and marketing vine and wine products, and to help ensure that the interests of consumers are taken into account.

2. To attain these objectives, the O.I.V.'s activities shall be:

- a) to promote and guide scientific and technical research and experimentation in order to meet the needs expressed by its members, to assess the results, calling on qualified experts as necessary, and where relevant to circulate the results by appropriate means;
- b) to draw up and frame recommendations and monitor implementation of such recommendations in liaison with its members, especially in the following areas:
 - (i) conditions for grape production,
 - (ii) oenological practices,
 - (iii) definition and/or description of products, labelling and marketing con-

Chapitre I
Objectifs et attributions

Article 1

1. Les Parties décident de créer l'«Organisation Internationale de la Vigne et du Vin» (O.I.V.) qui se substitue à l'Office International de la Vigne et du Vin établi par l'Arrangement du 29 novembre 1924 modifié. Elle est soumise aux dispositions du présent Accord.

2. L'O.I.V. poursuit ses objectifs et exerce ses attributions définies à l'article 2 en tant qu'organisme intergouvernemental à caractère scientifique et technique de compétence reconnue dans le domaine de la vigne, du vin, des boissons à base de vin, des raisins de table, des raisins secs et des autres produits issus de la vigne.

Article 2

1. Dans le domaine de ses compétences, les objectifs de l'O.I.V. sont les suivants:

- a) indiquer à ses membres les mesures permettant de tenir compte des préoccupations des producteurs, des consommateurs et des autres acteurs de la filière vitivinicole;
- b) assister les autres organisations internationales intergouvernementales et non-gouvernementales, notamment celles qui poursuivent des activités normatives;
- c) contribuer à l'harmonisation internationale des pratiques et normes existantes et, en tant que de besoin, à l'élaboration de normes internationales nouvelles, afin d'améliorer les conditions d'élaboration et de commercialisation des produits vitivinicoles, et à la prise en compte des intérêts des consommateurs.

2. Afin d'atteindre ces objectifs, l'O.I.V. exerce les attributions suivantes:

- a) promouvoir et orienter les recherches et expérimentations scientifiques et techniques afin de satisfaire les besoins exprimés par ses membres, en évaluer les résultats en faisant, en tant que de besoin, appel aux experts qualifiés et en assurer éventuellement la diffusion par les moyens appropriés;
- b) élaborer, formuler des recommandations et en suivre l'application en liaison avec ses membres, notamment dans les domaines suivants:
 - (i) les conditions de production viticole,
 - (ii) les pratiques œnologiques,
 - (iii) la définition et/ou la description des produits, l'étiquetage et les condi-

Kapitel I
Ziele und Aufgaben

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien beschließen, die „Internationale Organisation für Rebe und Wein“ (O.I.V.) zu gründen, die an die Stelle des Internationalen Amtes für Rebe und Wein tritt, das durch das geänderte Abkommen vom 29. November 1924 errichtet worden ist. Die Organisation unterliegt den Bestimmungen dieses Übereinkommens.

(2) Die O.I.V. verfolgt ihre Ziele und erfüllt ihre Aufgaben nach Artikel 2 als zwischenstaatliche wissenschaftliche und technische Einrichtung mit anerkannter Zuständigkeit in den Bereichen Rebe, Wein, weinhaltige Getränke, Tafeltrauben, Rosinen und andere Reberzeugnisse.

Artikel 2

(1) Im Bereich ihrer Zuständigkeiten hat die O.I.V. folgende Ziele:

- a) ihre Mitglieder auf die Maßnahmen hinzuweisen, die eine Berücksichtigung der Anliegen der Erzeuger, Verbraucher und der anderen Beteiligten des Weinbausektors ermöglichen;
- b) andere internationale zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, insbesondere die mit Normung befassten, zu unterstützen;
- c) zur internationalen Harmonisierung der bestehenden Praktiken und Normen und nach Bedarf zur Ausarbeitung neuer internationaler Normen zur Verbesserung der Bedingungen für die Herstellung und Vermarktung von Weinbauerzeugnissen sowie zur Berücksichtigung der Verbraucherinteressen beizutragen.

(2) Zur Erreichung dieser Ziele nimmt die O.I.V. folgende Aufgaben wahr:

- a) Förderung und Lenkung von wissenschaftlicher und technischer Forschung und wissenschaftlichen und technischen Versuchen, um den Bedürfnissen ihrer Mitglieder zu entsprechen, Bewertung der Ergebnisse, wobei nach Bedarf qualifizierte Sachverständige hinzugezogen werden, und gegebenenfalls ihre Verbreitung durch geeignete Mittel;
- b) Erarbeitung und Formulierung von Empfehlungen und Überprüfung der Anwendung derselben gemeinsam mit ihren Mitgliedern, insbesondere auf folgenden Gebieten:
 - i) Bedingungen der weinbaulichen Erzeugung,
 - ii) önologische Verfahren,
 - iii) Definition und/oder Beschreibung der Erzeugnisse, Etikettierung und

| ditions, | tions de mise en marché, | Bedingungen für das Inverkehrbringen, |
|--|---|---|
| (iv) methods for analysing and assessing vine products; | (iv) les méthodes d'analyse et d'appréciation des produits issus de la vigne; | iv) Analyse- und Bewertungsmethoden für Reberzeugnisse; |
| c) to submit to its members all proposals relating to: | c) soumettre à ses membres toutes propositions concernant: | c) Vorlage von Vorschlägen an die Mitglieder zu folgenden Themen: |
| (i) guaranteeing the authenticity of vine products, especially with regard to consumers, in particular in connection with the information provided on labels, | (i) la garantie d'authenticité des produits issus de la vigne, en particulier vis-à-vis des consommateurs, notamment en ce qui concerne les mentions d'étiquetage, | i) Garantie der Echtheit von Reberzeugnissen, vor allem gegenüber den Verbrauchern, insbesondere bezüglich der Angaben auf dem Etikett, |
| (ii) protecting geographical indications, especially vine- and wine-growing areas and the related appellations of origin, whether designated by geographical names or not, insofar as they do not call into question international agreements relating to trade and intellectual property, | (ii) la protection des indications géographiques et notamment les aires vitivinicoles et les appellations d'origine désignées par des noms géographiques ou non qui leur sont associés, dans la mesure où elles ne mettent pas en cause les accords internationaux en matière de commerce et de propriété intellectuelle, | ii) Schutz der geographischen Angaben, insbesondere der entsprechenden Weinbaugebiete und der Ursprungsbezeichnungen – mit oder ohne geographische Namen –, soweit diese die internationalen Übereinkünfte über Handel und geistiges Eigentum nicht in Frage stellen, |
| (iii) improving scientific and technical criteria for recognising and protecting new vitivinicultural plant varieties; | (iii) l'amélioration des critères scientifiques et techniques de reconnaissance et de protection des obtentions végétales vitivinicoles; | iii) Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Kriterien für die Anerkennung und den Schutz weinbaulicher Pflanzenzüchtungen; |
| d) to contribute to the harmonisation and adaptation of regulations by its members or, where relevant, to facilitate mutual recognition of practices within its field of activities; | d) contribuer à l'harmonisation et à l'adaptation des réglementations par ses membres ou, en tant que de besoin, faciliter la reconnaissance mutuelle en ce qui concerne les pratiques entrant dans le champ de ses compétences; | d) Beitrag zur Harmonisierung und Anpassung der Vorschriften durch ihre Mitglieder oder nach Bedarf Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung der Praktiken in ihrem Zuständigkeitsbereich; |
| e) to mediate between countries or organisations upon request, any expenses of mediation being borne by those making the request; | e) assurer la médiation entre pays ou organisations qui en font la demande, le coût éventuel de celle-ci étant supporté par les demandeurs; | e) Vermittlung zwischen Ländern oder Organisationen, die einen entsprechenden Antrag stellen, wobei etwaige Kosten von den Antragstellern zu tragen sind; |
| f) to monitor, evaluate and inform its members in good time of scientific or technical developments likely to have significant and lasting effects on the wine sector; | f) assurer un suivi permettant d'évaluer les évolutions scientifiques ou techniques susceptibles d'avoir des effets significatifs et durables sur le secteur vitivinicole et en tenir informé ses membres en temps utile; | f) Beobachtung und Bewertung der wissenschaftlichen oder technischen Entwicklungen, die möglicherweise wesentliche und anhaltende Auswirkungen auf den Weinbausektor haben, und rechtzeitige Information ihrer Mitglieder; |
| g) to help protect the health of consumers and to contribute to food safety: | g) participer à la protection de la santé des consommateurs et contribuer à la sécurité sanitaire des aliments: | g) Beitrag zum Gesundheitsschutz der Verbraucher und zur Lebensmittelsicherheit durch |
| (i) by specialist scientific monitoring, making it possible to assess the specific characteristics of vine products, | (i) par la veille scientifique spécialisée, permettant d'évaluer les caractéristiques propres des produits issus de la vigne, | i) spezielle wissenschaftliche Beobachtung, welche die Bewertung der spezifischen Eigenschaften von Reberzeugnissen ermöglicht, |
| (ii) by promoting and guiding research into appropriate nutritional and health aspects, | (ii) en promouvant et en orientant les recherches sur les spécificités nutritionnelles et sanitaires appropriées, | ii) Förderung und Lenkung der Forschung über Ernährungs- und Gesundheitsaspekte, |
| (iii) by extending the dissemination of information resulting from such research, beyond the recipients referred to in Article 2, paragraph n, to the medical and healthcare professions; | (iii) en élargissant, au-delà des destinataires visés à l'article 2 paragraphe n, la diffusion des informations résultant de ces recherches aux professions médicales et de santé; | iii) Weitergabe der Informationen aus dieser Forschung über die in Artikel 2 Buchstabe n genannten Empfänger hinaus an die Vertreter der Medizin- und Gesundheitsberufe; |
| h) to foster co-operation between members through: | h) favoriser la coopération entre membres par: | h) Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern durch |
| (i) administrative collaboration, | (i) la collaboration administrative, | i) administrative Zusammenarbeit, |
| (ii) the exchange of specific information, | (ii) l'échange d'informations spécifiques, | ii) Austausch spezifischer Informationen, |
| (iii) the exchange of experts, | (iii) l'échange d'experts, | iii) Austausch von Sachverständigen, |

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(iv) the provision of assistance or expert advice, especially in the establishment of joint projects and other collaborative research;</p> <p>i) to take account in its activities of the specific features of each of its members' systems for producing vine products and methods for making wines and wine- and grape-based spirits;</p> <p>j) to contribute to the development of training networks relating to wine and vine products;</p> <p>k) to contribute to the promotion or recognition of the world vine- and wine-growing heritage and its historical, cultural, human, social and environmental aspects;</p> <p>l) to grant its patronage to public or private events whose purpose, of a non-commercial nature, falls within its sphere of competence;</p> <p>m) to foster an appropriate dialogue in the context of its work and, as necessary, with players in the sector, and to conclude appropriate arrangements with them;</p> <p>n) to gather, process and disseminate the most appropriate information and to communicate it:</p> <p>(i) to its members and observers,</p> <p>(ii) to other international organisations, both intergovernmental and non-governmental,</p> <p>(iii) to producers, consumers and other players in the vine and wine sector,</p> <p>(iv) to other interested countries,</p> <p>(v) to the media and to the general public.</p> <p>In order to facilitate its role as a source of information and communication, the O.I.V. may ask its members, potential beneficiaries and, where relevant, international organisations, to provide it with information and data on the basis of reasonable requests;</p> <p>o) to re-assess regularly the effectiveness of its structures and working procedures.</p> | <p>(iv) l'apport d'assistance ou de conseils d'experts notamment dans l'établissement de projets conjoints et d'autres études communes;</p> <p>i) tenir compte dans ses activités des spécificités de chacun de ses membres, s'agissant des systèmes de production des produits issus de la vigne et des méthodes d'élaboration des vins et boissons spiritueuses d'origine vitivinicole;</p> <p>j) contribuer au développement de réseaux de formation touchant au domaine de la vigne et des produits issus de la vigne;</p> <p>k) contribuer à la connaissance ou à la reconnaissance du patrimoine vitivinicole mondial et des éléments historiques, culturels, humains, sociaux et environnementaux qui y sont attachés;</p> <p>l) accorder son patronage aux manifestations publiques ou privées dont l'objet, non commercial, entre dans son champ de compétence;</p> <p>m) entretenir, dans le cadre de ses travaux et en tant que de besoin, un dialogue utile avec les intervenants du secteur et conclure avec eux des arrangements appropriés;</p> <p>n) collecter, traiter et assurer la diffusion de l'information la plus appropriée et la communiquer:</p> <p>(i) à ses membres et à ses observateurs,</p> <p>(ii) aux autres organisations internationales intergouvernementales et non-gouvernementales,</p> <p>(iii) aux producteurs, aux consommateurs et aux autres acteurs de la filière vitivinicole,</p> <p>(iv) aux autres pays intéressés,</p> <p>(v) aux médias et, plus largement, au grand public.</p> <p>Afin de faciliter cette fonction d'information et de communication, l'O.I.V. demande à ses membres, aux bénéficiaires potentiels et, le cas échéant, aux organisations internationales, de lui fournir des données et tous autres éléments d'appréciation sur la base de demandes raisonnables;</p> <p>o) assurer, à périodicité régulière, la réévaluation de l'efficacité de ses structures et de ses procédures de fonctionnement.</p> | <p>iv) Unterstützung oder Beratung durch Sachverständige, insbesondere bei der Erarbeitung gemeinsamer Vorhaben und anderer gemeinsamer Studien;</p> <p>i) bei ihrer Tätigkeit Berücksichtigung der Besonderheiten jedes Mitglieds, was die Produktionssysteme von Reberzeugnissen und die Herstellungsmethoden von Wein und Weinspirituosen anbelangt;</p> <p>j) Beitrag zur Entwicklung von Ausbildungsnetzwerken im Bereich von Rebe und Reberzeugnissen;</p> <p>k) Beitrag zur Bekanntmachung oder Anerkennung des weltweiten Weinbauerbes sowie der damit verbundenen historischen, kulturellen, menschlichen, gesellschaftlichen und umweltspezifischen Faktoren;</p> <p>l) Übernahme der Schirmherrschaft für öffentliche oder private Veranstaltungen, deren nicht kommerzielle Zielsetzung in ihren Zuständigkeitsbereich fällt;</p> <p>m) im Rahmen ihrer Arbeiten nach Bedarf sachdienliche Dialoge mit den Vertretern des Sektors und Abschluss geeigneter Vereinbarungen;</p> <p>n) Sammlung, Verarbeitung und Verbreitung zweckdienlicher Informationen und deren Übermittlung an</p> <p>i) ihre Mitglieder und Beobachter,</p> <p>ii) andere internationale zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen,</p> <p>iii) Erzeuger, Verbraucher und andere Beteiligte des Weinbausektors,</p> <p>iv) andere interessierte Länder,</p> <p>v) die Medien und darüber hinaus die breite Öffentlichkeit.</p> <p>Zur Erleichterung dieser Informations- und Kommunikationsaufgaben ersucht die O.I.V. ihre Mitglieder, mögliche Begünstigte und gegebenenfalls internationale Organisationen, ihr auf der Grundlage angemessener Anfragen Daten und andere Bewertungselemente zur Verfügung zu stellen;</p> <p>o) regelmäßige Überprüfung der Effizienz ihrer Strukturen und Arbeitsweise.</p> |
|---|--|---|

Chapter II
Organisation

Article 3

1. The organs of the O.I.V. shall be:

- a) the General Assembly;
b) the President;

Chapitre II
Organisation

Article 3

1. Les organes de l'O.I.V. sont:

- a) l'Assemblée générale;
b) le Président;

Kapitel II
Organisation

Artikel 3

(1) Die Organe der O.I.V. sind

- a) die Generalversammlung;
b) der Präsident;

- | | | |
|--|--|---|
| c) the Vice-Presidents; | c) les Vice-présidents; | c) die Vizepräsidenten; |
| d) the Director General; | d) le Directeur général; | d) der Generaldirektor; |
| e) the Executive Committee; | e) le Comité exécutif; | e) der Exekutivausschuss; |
| f) the Scientific and Technical Committee; | f) le Comité scientifique et technique; | f) der wissenschaftlich-technische Ausschuss; |
| g) the Steering Committee; | g) le Bureau; | g) das Präsidium; |
| h) Commissions, Sub-Commissions and groups of experts; | h) les Commissions, sous-commissions et groupes d'experts; | h) die Kommissionen, Unterkommissionen und Sachverständigengruppen; |
| i) the Secretariat. | i) le Secrétariat. | i) das Sekretariat. |

2. Each member of the O.I.V. shall be represented by delegates of its choice. The General Assembly shall be the O.I.V.'s plenary body and shall be composed of the delegates nominated by members. It may delegate some of its powers to the Executive Committee, which shall comprise one delegate per member. The Executive Committee may, under its authority, entrust some of its routine administrative powers to the O.I.V. Steering Committee, which shall comprise the President and Vice-Presidents of the O.I.V. and the Presidents of O.I.V. Commissions and Sub-Commissions. The President, the first Vice-President and the Presidents of Commissions shall be of different nationalities.

3. The O.I.V. shall conduct its scientific activity through experts groups, sub-commissions and commissions, co-ordinated by a Scientific and Technical Committee, within the framework of a strategic plan approved by the General Assembly.

4. The Director General shall be responsible for the internal administration of the O.I.V. and for the recruitment and management of the staff. The procedures for staff recruitment shall ensure, as far as possible, the international character of the organisation.

5. The O.I.V. may also include observers. Observers shall be admitted only after they agree in writing to the provisions contained in this Agreement and in the Internal Rules.

6. The headquarters of the Organisation shall be in Paris (France).

2. Chaque membre de l'O.I.V. est représenté par des délégués de son choix. L'Assemblée générale, composée des délégués désignés par les membres, est l'organe plénier de l'O.I.V. Elle peut déléguer certaines de ses attributions au Comité exécutif, composé d'un délégué par membre. Le Comité exécutif peut, sous son autorité, confier certaines de ses attributions administratives de routine au Bureau de l'O.I.V. composé du Président, des Vice-présidents de l'O.I.V., ainsi que des Présidents des commissions et des sous-commissions. Le Président, le Premier Vice-président, les Présidents de commissions sont de nationalités différentes.

3. L'activité scientifique de l'O.I.V. est développée au sein de groupes d'experts, de sous-commissions et de commissions, qui sont coordonnés par un Comité scientifique et technique, dans le cadre d'un plan stratégique approuvé par l'Assemblée générale.

4. Le Directeur général est responsable de l'administration intérieure de l'O.I.V., du recrutement et de la gestion du personnel. Les modalités de recrutement du personnel doivent assurer, autant que possible, le caractère international de l'Organisation.

5. L'O.I.V. peut également inclure des observateurs. Les observateurs sont admis après avoir accepté, par écrit, les dispositions du présent Accord et du Règlement intérieur en découlant.

6. Le siège de l'Organisation est à Paris (France).

(2) Jedes Mitglied der O.I.V. ist durch Delegierte seiner Wahl vertreten. Die Generalversammlung, die sich aus den von den Mitgliedern ernannten Delegierten zusammensetzt, ist das Plenum der O.I.V. Sie kann bestimmte Aufgaben an den Exekutivausschuss delegieren, der aus einem Delegierten je Mitglied besteht. Der Exekutivausschuss kann nach ihrer Ermächtigung bestimmte administrative Routineaufgaben dem Präsidium der O.I.V. übertragen, das sich aus dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der O.I.V. sowie den Vorsitzenden der Kommissionen und der Unterkommissionen zusammensetzt. Der Präsident, der Erste Vizepräsident und die Kommissionsvorsitzenden sind unterschiedlicher Nationalität.

(3) Die wissenschaftliche Tätigkeit der O.I.V. wird im Rahmen eines von der Generalversammlung genehmigten Strategieplans in Sachverständigengruppen, Unterkommissionen und Kommissionen, die vom wissenschaftlich-technischen Ausschuss koordiniert werden, ausgeübt.

(4) Der Generaldirektor ist für die innere Verwaltung der O.I.V. sowie die Einstellung und Verwaltung des Personals verantwortlich. Die Einstellungsverfahren haben nach Möglichkeit den internationalen Charakter der Organisation zu wahren.

(5) Die O.I.V. kann auch Beobachter aufnehmen. Die Beobachter werden zugelassen, nachdem sie schriftlich die Bestimmungen dieses Übereinkommens und der Geschäftsordnung angenommen haben.

(6) Der Sitz der Organisation ist Paris (Frankreich).

Chapter III Voting Rights

Article 4

Each member shall determine the number of its delegates but shall have only two basic votes plus, where relevant, an additional number of votes calculated from objective criteria that determine the relative position of each member state in the vine and wine sector under the conditions set forth in Annexes 1 and 2 to this Agreement, which form an integral part thereof. The sum of these two figures shall constitute the number of weighted votes. The coefficient determining the situation of each member state within the vine and wine sector shall be updated on a regular basis in

Chapitre III Droits de vote

Article 4

Chaque membre fixe librement le nombre de ses délégués, mais ne dispose que d'un nombre de voix de base égal à deux, auquel s'ajoute, le cas échéant, un nombre de voix additionnelles calculé à partir de critères objectifs déterminant la place relative de chaque Etat membre dans le secteur vitivinicole, dans les conditions définies dans les annexes n° 1 et n° 2 qui font partie intégrante du présent Accord. Le total de ces deux chiffres constitue le nombre de voix pondérées. L'actualisation du coefficient déterminant la situation de chaque Etat membre dans le secteur vitivi-

Kapitel III Stimmrechte

Artikel 4

Jedes Mitglied legt die Zahl seiner Delegierten nach freiem Ermessen fest, verfügt jedoch nur über zwei Grundstimmen, zu denen gegebenenfalls eine bestimmte Anzahl von Zusatzstimmen kommen, die aufgrund objektiver Kriterien zur Bestimmung der relativen Stellung jedes Mitgliedstaats im Weinbausektor nach Maßgabe der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil dieses Übereinkommens sind, berechnet werden. Die Summe dieser beiden Zahlen ergibt die Anzahl der gewichteten Stimmen. Die Aktualisierung des Koeffizienten zur Bestimmung der Stellung jedes Mitglied-

accordance with provisions in Annex 1.

nicole est effectuée périodiquement conformément aux dispositions de l'annexe n° 1.

staats im Weinbausektor erfolgt in regelmäßigen Zeitabständen nach Anlage 1.

Chapter IV

Working Methods, Decision-making Processes

Article 5

1. The General Assembly shall be the supreme organ of the O.I.V. It shall discuss and adopt regulations relating to the organisation and working of the O.I.V. and draft resolutions of a general, scientific, technical, economic or legal nature, as well as for the creation or discontinuance of Commissions and Sub-Commissions. It shall decide the budget for receipts and expenditures within the limit of existing appropriations, and shall audit and approve the accounts. The General Assembly shall adopt co-operation and collaboration protocols on matters relating to vine and wine products that the O.I.V. may conclude with international organisations. It shall meet once a year. Extraordinary sessions may be convened at the request of one-third of O.I.V. members.

2. Delegates from one-third of the members representing at least half the weighted votes must be present for sessions to be quorate. A member may be represented by the delegation of another member, but a delegation may not represent more than one member.

3.

- a) Consensus shall be the normal method whereby the General Assembly shall adopt draft resolutions of a general, scientific, technical, economic or legal nature, and for the creation or discontinuance of Commissions and Sub-Commissions. The same shall be true for the Executive Committee when it exercises its functions on these issues.
- b) Consensus shall not be required for the election of the President of the O.I.V., the Presidents of Commissions and Sub-Commissions or for the Director General, nor shall it apply to the budget or to members' financial contributions. Moreover it shall not apply to other financial decisions as determined in the Internal Rules.
- c) In cases where the General Assembly or Executive Committee do not reach a consensus at the first instance on a draft resolution or decision, the President shall take all initiatives to consult members in the intervening period before the next General Assembly or

Chapitre IV

Modalités de fonctionnement, processus décisionnels

Article 5

1. L'Assemblée générale est l'organe suprême de l'O.I.V. Elle discute et adopte les règlements relatifs à l'organisation et au fonctionnement de l'O.I.V. et les propositions de résolution de portée générale, scientifiques, techniques, économiques et juridiques, ainsi que pour la création ou la suppression de commissions et sous-commissions. Elle arrête le budget des recettes et des dépenses dans la limite des crédits existants, contrôle et approuve les comptes. Elle adopte les protocoles de coopération et de collaboration dans le domaine de la vigne et des produits qui en sont issus que l'O.I.V. peut passer avec des organisations internationales. L'Assemblée générale se réunit une fois par an. Des sessions extraordinaires peuvent être convoquées à la demande d'un tiers des membres de l'O.I.V.

2. La présence effective aux sessions des délégués d'un tiers des membres représentant au moins la moitié des voix pondérées est requise pour la validité des délibérations. La représentation d'un membre peut être confiée à la délégation d'un autre membre, mais une délégation ne peut exercer qu'une représentation en sus de la sienne.

3.

- a) Le consensus est le mode de décision normal de l'Assemblée générale pour l'adoption des propositions de résolution de portée générale, scientifiques, techniques, économiques, juridiques, ainsi que pour la création ou la suppression de commissions et sous-commissions. Il en est de même pour le Comité exécutif dans l'exercice de ses attributions en ce domaine.
- b) Le consensus ne s'applique pas à l'élection du Président de l'O.I.V., des Présidents des commissions, sous-commissions et du Directeur général, ainsi qu'au vote du budget et des contributions financières des membres. Il ne s'applique pas non plus à d'autres décisions financières telles que celles fixées par le Règlement intérieur.
- c) Dans le cas où l'Assemblée générale ou le Comité exécutif ne parvient pas à un consensus lors d'une première présentation d'un projet de résolution ou de décision, le Président prend toutes initiatives pour consulter les membres afin de rapprocher les points de vue dans la

Kapitel IV

Arbeitsweise, Beschlussverfahren

Artikel 5

(1) Die Generalversammlung ist das oberste Organ der O.I.V. Sie erörtert und beschließt die Vorschriften über Organisation und Funktionsweise der O.I.V. sowie die Vorschläge für allgemeine, wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und rechtliche Entschlüsse und für die Einsetzung oder Auflösung von Kommissionen und Unterkommissionen. Sie beschließt den Haushalt der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen der bestehenden Mittel und kontrolliert und billigt die Rechnungsabschlüsse. Sie nimmt die Protokolle über Zusammenarbeit und Mitwirkung im Bereich von Rebe und Reberzeugnissen an, welche die O.I.V. mit internationalen Organisationen schließen kann. Die Generalversammlung tritt einmal im Jahr zusammen. Außerordentliche Tagungen können auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der O.I.V. einberufen werden.

(2) Die Generalversammlung ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn auf einer Tagung Delegierte eines Drittels der Mitglieder tatsächlich anwesend sind, die mindestens die Hälfte der gewichteten Stimmen vertreten. Die Vertretung eines Mitglieds kann der Delegation eines anderen Mitglieds übertragen werden, doch darf eine Delegation nicht mehr als ein Mitglied außer dem eigenen vertreten.

(3)

- a) Die übliche Art der Beschlussfassung der Generalversammlung über die Annahme allgemeiner, wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Vorschläge für Entschlüsse wie auch über die Einsetzung oder Auflösung von Kommissionen und Unterkommissionen ist der Konsens. Dies gilt gleichermaßen für den Exekutivausschuss in Ausübung seiner Befugnisse in diesem Bereich.
- b) Konsens ist nicht erforderlich für die Wahl des Präsidenten der O.I.V., der Vorsitzenden der Kommissionen und Unterkommissionen und des Generaldirektors sowie für die Abstimmungen über den Haushalt und die finanziellen Beiträge der Mitglieder. Er gilt auch nicht für die anderen Finanzbeschlüsse, die in der Geschäftsordnung festgelegt sind.
- c) Gelangt die Generalversammlung oder der Exekutivausschuss bei der ersten Vorlage eines Entschlusses- oder Beschlussentwurfs nicht zu einem Konsens, so unternimmt der Präsident alle Schritte zur Konsultierung der Mitglieder, um die Standpunkte bis zur nächs-

Executive Committee, in order to bring the points of view together. When all such efforts to achieve consensus have been exhausted, the President shall take a vote on the basis of a qualified majority, that being a vote of two thirds plus one of members present or represented, on a one member one vote basis. Nevertheless, the vote shall be postponed for a period of one year if a member considers that its essential national interests are at risk. If the opposition is subsequently confirmed in writing by the Minister of Foreign Affairs or any other competent political authority of the member concerned, the vote shall not be taken.

période qui précède l'Assemblée générale ou le Comité exécutif suivant. Lorsque toutes les démarches pour aboutir au consensus ont échoué, le Président peut faire procéder à un vote à la majorité qualifiée, soit les deux tiers plus un, des membres présents ou représentés, sur la base d'une voix par membre. Toutefois, si un membre considère que ses intérêts nationaux essentiels sont menacés, le vote est reporté d'un an. Si cette position est confirmée postérieurement par écrit par le Ministre des Affaires étrangères ou toute autre Autorité politique compétente du membre concerné, il n'est pas procédé au vote.

ten Tagung der Generalversammlung oder des Exekutiv Ausschusses einander anzunähern. Sind alle Versuche zur Erlangung eines Konsenses gescheitert, so kann der Präsident eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit durchführen lassen, das heißt mit zwei Dritteln plus einem der anwesenden oder vertretenen Mitglieder auf der Grundlage einer Stimme je Mitglied. Ist jedoch ein Mitglied der Ansicht, dass seine grundlegenden nationalen Belange gefährdet sind, so wird die Abstimmung um ein Jahr verschoben. Wird diese Haltung später vom Minister für auswärtige Angelegenheiten oder von einer anderen zuständigen politischen Stelle des betreffenden Mitglieds schriftlich bestätigt, so findet keine Abstimmung statt.

- 4.
- a) The O.I.V. President, the Presidents of Commissions and Sub-Commissions and the Director General shall be elected by a weighted qualified majority vote, that is, two thirds plus one of the weighted votes of members present or represented, provided that half plus one of the members present or represented have voted for the candidate. Should these conditions not be met, an extraordinary session of the General Assembly shall be convened within a maximum of three months. The existing President, Presidents of Commissions and Sub-Commissions and Director General shall remain in office during the interim period, depending on the case.
- b) The O.I.V. President, the Presidents of the Commissions and Sub-Commissions shall be elected for three-year terms. The Director General shall be elected for a five-year term of office; the Director General may be re-elected for a second five-year term under the same conditions as for his or her election. The General Assembly may remove the Director General, on the basis of both the weighted qualified majority and the majority of member states used for his or her election.

- 4.
- a) L'élection du Président de l'O.I.V., des Présidents des commissions et des sous-commissions, du Directeur général est faite par un vote à la majorité qualifiée pondérée, soit les deux tiers plus une, des voix pondérées des membres présents ou représentés, à condition que la moitié plus un des membres présents ou représentés se soient prononcés en faveur du candidat. Au cas où ces conditions ne seraient pas remplies, une Assemblée générale extraordinaire est réunie dans un délai n'excédant pas trois mois. Pendant cette période et suivant le cas, le Président, les Présidents des commissions et des sous-commissions, le Directeur général, en fonction est (sont) maintenu(s) dans ses (leurs) responsabilités.
- b) La durée du mandat du Président de l'O.I.V., des Présidents des commissions et des sous-commissions est de trois ans. La durée du mandat du Directeur général est de cinq ans; il est rééligible pour un autre mandat de cinq ans, dans les mêmes conditions que celles requises pour son élection. L'Assemblée générale peut révoquer à tout moment le Directeur général dans les conditions de majorités combinées qui ont présidé à son élection.

- (4)
- a) Die Wahl des Präsidenten der O.I.V., der Vorsitzenden der Kommissionen und Unterkommissionen sowie des Generaldirektors erfolgt durch eine Abstimmung mit gewichteter qualifizierter Mehrheit, das sind zwei Drittel plus eine der gewichteten Stimmen der anwesenden oder vertretenen Mitglieder, sofern sich die Hälfte plus eines der anwesenden oder vertretenen Mitglieder für den Kandidaten ausgesprochen haben. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, so findet innerhalb von höchstens drei Monaten eine außerordentliche Generalversammlung statt. Während dieses Zeitraums bleiben der derzeitige Präsident, die derzeitigen Kommissions- und Unterkommisionen-vorsitzenden oder der derzeitige Generaldirektor im Amt.
- b) Die Amtszeit des Präsidenten der O.I.V., der Kommissions- und der Unterkommisionen-vorsitzenden beträgt drei Jahre. Die Amtszeit des Generaldirektors beträgt fünf Jahre; die Wiederwahl ist unter denselben Bedingungen wie bei der ersten Wahl für eine weitere fünfjährige Amtszeit zulässig. Die Generalversammlung kann den Generaldirektor mit den gleichen kombinierten Mehrheiten wie bei seiner Wahl jederzeit abberufen.

5. A weighted qualified majority vote, that being two thirds plus one of the weighted votes of members present or represented, shall apply to votes on the budget or to members' financial contributions. The General Assembly shall nominate a financial auditor, under the same conditions, on a joint proposal from the Director General and the O.I.V. Steering Committee with the favourable opinion of the Executive Committee.

5. Le vote du budget et des contributions financières des membres s'effectue à la majorité qualifiée pondérée, soit les deux tiers plus une, des voix pondérées des membres présents ou représentés. L'Assemblée générale nomme dans les mêmes conditions un auditeur financier, sur proposition conjointe du Directeur général et du Bureau de l'O.I.V., avec avis favorable du Comité exécutif.

(5) Die Abstimmung über den Haushalt und die finanziellen Beiträge der Mitglieder erfolgt mit gewichteter qualifizierter Mehrheit, das sind zwei Drittel plus eine der gewichteten Stimmen der anwesenden oder vertretenen Mitglieder. Die Generalversammlung ernennt unter denselben Bedingungen einen Rechnungsprüfer auf gemeinsamen Vorschlag des Generaldirektors und des Präsidiums der O.I.V. bei positiver Stellungnahme des Exekutiv Ausschusses.

6. The official languages shall be French, Spanish and English. The corresponding funding shall be determined according to Annex 2 to this Agreement. Nevertheless, the General Assembly may adapt it, if

6. Les langues officielles sont le français, l'espagnol, l'anglais. Leur financement est déterminé dans l'annexe n° 2 au présent Accord. Toutefois, l'Assemblée générale peut l'adapter en tant que de besoin, dans

(6) Die Amtssprachen sind Französisch, Spanisch und Englisch. Die entsprechende Finanzierung ist in Anlage 2 dieses Übereinkommens festgelegt. Die Generalversammlung kann sie jedoch erforderlichen-

necessary, under the conditions defined in Article 5, paragraph 3.a. At the request of one or more members, other languages shall be added according to the same methods of funding, notably Italian and German, in order to improve communication between members. Beforehand, the concerned users shall formally accept the new financial contributions that result from their request. Beyond a total of five languages, any new request shall be submitted to the General Assembly which shall take its decision in accordance with the conditions defined in Article 5, paragraph 3.a. French shall remain the reference language in the event of any dispute with third parties who are not members of the Organisation.

7. The constitutive bodies of the O.I.V. shall function in an open and transparent manner.

les conditions définies à l'article 5, paragraphe 3.a. A la demande d'un ou de plusieurs membres, d'autres langues sont ajoutées selon les mêmes modalités de financement, notamment l'italien et l'allemand, afin d'améliorer la communication entre les membres. Préalablement, les utilisateurs concernés devront avoir accepté formellement leur contribution financière nouvelle, consécutive à leur demande. Au-delà d'un total de cinq langues, toute nouvelle demande est soumise à l'Assemblée générale qui prend sa décision dans les conditions définies à l'article 5, paragraphe 3.a. Le français reste la langue de référence en cas de différend avec les tiers non-membres de l'Organisation.

7. Les organes constitutifs de l'O.I.V. fonctionnent de façon ouverte et transparente.

falls nach Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a anpassen. Auf Antrag eines oder mehrerer Mitglieder werden weitere Sprachen mit denselben Finanzierungsmodalitäten hinzugefügt, insbesondere Italienisch und Deutsch, um die Kommunikation unter den Mitgliedern zu verbessern. Vorher müssen die betreffenden Nutzer ihren neuen finanziellen Beitrag, der sich aus ihrem Antrag ergibt, formell akzeptiert haben. Wird die Gesamtzahl von fünf Sprachen überschritten, so wird jeder neue Antrag der Generalversammlung vorgelegt, die nach Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a beschließt. Im Fall von Streitigkeiten mit Dritten, die nicht Mitglieder der Organisation sind, ist Französisch zu verwenden.

(7) Die einzelnen Organe der O.I.V. arbeiten offen und transparent.

Chapter V Funding of the O.I.V.

Article 6

1. Every member of the O.I.V. shall pay a financial contribution decided each year by the General Assembly, the amount of which shall be determined by applying the provisions of Annexes 1 and 2 to this Agreement. The General Assembly shall decide the financial contribution of any new members on the basis of the provisions of Annexes 1 and 2 to this Agreement.

2. The O.I.V.'s financial resources shall comprise the annual compulsory contribution of each member and observer and income from its own activities. Compulsory payments shall be paid to the O.I.V. during the calendar year concerned. Beyond that time, payment shall be deemed late.

3. The O.I.V.'s financial resources may also include voluntary contributions from its members, donations, grants, subsidies or payments of any kind from international and national organisations of a public, semi-public or private nature, provided such payments are made in accordance with guidelines which shall be established by the General Assembly in accordance with Article 5, paragraph 3.a and shall be included in the Internal Rules.

Article 7

1. Should a member fail to pay two contributions its voting rights and participation, in the next Executive Committee meeting and General Assembly after such failure has been ascertained, shall be automatically suspended. The Executive Committee shall determine, on a case by case basis, the conditions under which the member concerned may regularise its situation or, failing that, be deemed to have denounced

Chapitre V Financement de l'O.I.V.

Article 6

1. Tout membre de l'O.I.V. acquitte une contribution financière fixée chaque année par l'Assemblée générale. Son montant est établi par application des dispositions définies dans les annexes n° 1 et n° 2 au présent Accord. La contribution financière des nouveaux membres éventuels est fixée par l'Assemblée générale à partir des dispositions définies dans les annexes n° 1 et n° 2 au présent Accord.

2. Les ressources financières de l'O.I.V. comprennent la part contributive annuelle obligatoire de chacun des membres et observateurs ainsi que les résultats de ses activités propres. Les contributions obligatoires sont versées à l'O.I.V. au cours de l'année civile concernée. Au-delà, elles sont considérées comme versées avec retard.

3. Les ressources financières de l'O.I.V. peuvent aussi comprendre des contributions volontaires de ses membres, des dons, des allocations, des subventions ou des financements de toute nature émanant d'organisations internationales, nationales qu'elles soient de nature publique, parapublique ou privée, pour autant que ces financements soient conformes aux principes généraux établis par l'Assemblée générale, conformément aux dispositions de l'article 5, paragraphe 3.a, qui seront inclus dans le Règlement intérieur.

Article 7

1. En cas de non-paiement de deux contributions par un membre, ses droits de vote et de participation au Comité exécutif et à l'Assemblée générale qui suivent la constatation sont automatiquement suspendus. Le Comité exécutif fixe au cas par cas les conditions dans lesquelles les membres concernés peuvent régulariser leur situation ou, à défaut, être considérés comme ayant dénoncé l'Accord.

Kapitel V Finanzierung der O.I.V.

Artikel 6

(1) Jedes Mitglied der O.I.V. leistet einen finanziellen Beitrag, der jedes Jahr von der Generalversammlung festgelegt wird. Seine Höhe wird durch Anwendung der Anlagen 1 und 2 dieses Übereinkommens ermittelt. Der finanzielle Beitrag etwaiger neuer Mitglieder wird von der Generalversammlung nach den Anlagen 1 und 2 dieses Übereinkommens festgesetzt.

(2) Die finanziellen Mittel der O.I.V. umfassen den jährlichen Pflichtbeitrag der Mitglieder und Beobachter sowie die Erlöse aus ihren eigenen Tätigkeiten. Die Pflichtbeiträge werden im Laufe des betreffenden Kalenderjahrs an die O.I.V. entrichtet. Nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahrs wird ihre Entrichtung als verspätet angesehen.

(3) Die finanziellen Mittel der O.I.V. können auch freiwillige Beiträge ihrer Mitglieder umfassen sowie Spenden, Zuwendungen, Subventionen oder Finanzierungen jeglicher Art durch internationale oder nationale Organisationen öffentlicher, halböffentlicher oder privater Natur, sofern diese Finanzierungen den von der Generalversammlung nach Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a erstellten allgemeinen Grundsätzen entsprechen, die in die Geschäftsordnung aufgenommen werden.

Artikel 7

(1) Im Fall der Nichtentrichtung von zwei Beiträgen durch ein Mitglied werden dessen Stimmrechte und sein Recht auf Teilnahme im Exekutivausschuss und in der Generalversammlung nach der Feststellung der Nichtleistung automatisch suspendiert. Der Exekutivausschuss legt für jeden einzelnen Fall die Bedingungen fest, unter denen die betreffenden Mitglieder wieder einen ordnungsgemäßen Zustand

the Agreement.

2. In the case that three successive contributions have not been paid, the Director General shall notify the member or observer concerned of this situation. If the situation is not regularised during the two years following the thirty-first of December of the third year, the member or the observer concerned shall be automatically excluded.

Chapter VI
Participation of
International Inter-
governmental Organisations

Article 8

An international intergovernmental organisation may participate in or be a member of the O.I.V. and may help to fund the O.I.V. under conditions determined, on a case by case basis, by the General Assembly on a proposal from the Executive Committee.

Chapter VII
Amendment and
Revision of the Agreement

Article 9

1. Each member may, by written communication to the Director General, propose amendments to this Agreement. The Director General shall communicate these proposals to all Organisation members. If, within six months from the date of the communication, one half plus one of the members reply favourably to the proposal, the Director General shall present it for adoption at the first General Assembly held after this period. Amendments shall be adopted by consensus of the members present or represented. Once adopted by the General Assembly, amendments shall be subject to internal procedures for acceptance, approval or ratification set out in the domestic legislation of members. Amendments shall enter into force thirty days after the deposit of the instrument of acceptance, approval, ratification or accession representing two thirds plus one of the members of the Organisation.

2. This Agreement shall be reviewed if two thirds plus one of members approve a request to that effect. In such case, the Government of the French Republic shall convene a conference of members within six months. The programme as well as the revision proposed shall be provided to members at least two months before the conference meets. The conference shall decide its own rules of procedure. The

2. En cas de non-paiement de trois contributions successives, le Directeur général notifie cette situation aux membres ou observateurs concernés. Si elle n'est pas régularisée dans les deux ans à compter du trente et un décembre de la troisième année, les membres ou observateurs concernés sont automatiquement exclus.

Chapitre VI
Participation des
organisations internationales
intergouvernementales

Article 8

Une organisation internationale intergouvernementale peut participer aux travaux de l'O.I.V. ou en être membre et contribuer au financement de l'Organisation dans des conditions qui seront fixées, au cas par cas, par l'Assemblée générale sur proposition du Comité exécutif.

Chapitre VII
Amendement
et révision de l'Accord

Article 9

1. Chaque membre peut proposer des amendements au présent Accord. La proposition doit être faite par écrit au Directeur général. Celui-ci la fait connaître à tous les autres membres de l'Organisation. Si dans le délai de six mois, à compter de la date de la communication, la moitié plus un des membres sont favorables à la proposition, le Directeur général la soumet pour décision à la première Assemblée générale ayant lieu à l'issue de ce délai. La décision est prise par consensus des membres présents ou représentés. Après son adoption par l'Assemblée générale, les amendements sont soumis aux procédures internes d'acceptation, d'approbation ou de ratification, prévues dans la législation nationale des membres. Ils entrent en vigueur le trentième jour après le dépôt de l'instrument d'acceptation, d'approbation ou de ratification, portant leur total à deux tiers plus un des membres de l'Organisation.

2. La révision du présent Accord est instituée de droit si les deux tiers plus un des membres en approuvent la demande. Dans ce cas, une Conférence des membres est convoquée par les soins du Gouvernement français dans un délai de six mois. Le programme et les propositions de révision sont communiqués aux membres deux mois au moins avant la réunion de la Conférence. La Conférence ainsi réunie

herstellen können oder, wenn sie dies nicht tun, davon ausgegangen wird, dass sie das Übereinkommen gekündigt haben.

(2) Im Fall der Nichterichtung von drei Beiträgen in Folge setzt der Generaldirektor die betreffenden Mitglieder oder Beobachter von dieser Situation in Kenntnis. Wird innerhalb von zwei Jahren ab dem einunddreißigsten Dezember des dritten Jahres kein ordnungsgemäßer Zustand hergestellt, so sind die betreffenden Mitglieder oder Beobachter automatisch ausgeschlossen.

Kapitel VI
Beteiligung
von internationalen zwischen-
staatlichen Organisationen

Artikel 8

Eine internationale zwischenstaatliche Organisation kann sich unter Bedingungen, die von der Generalversammlung auf Vorschlag des Exekutivausschusses für jeden einzelnen Fall festgelegt werden, an den Arbeiten der O.I.V. beteiligen oder Mitglied der O.I.V. werden und zur Finanzierung der Organisation beitragen.

Kapitel VII
Änderung und
Revision des Übereinkommens

Artikel 9

(1) Jedes Mitglied kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Der Vorschlag ist schriftlich an den Generaldirektor zu richten. Dieser bringt ihn allen anderen Mitgliedern der Organisation zur Kenntnis. Befürworten innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt der Übermittlung die Hälfte plus eines der Mitglieder den Vorschlag, so legt ihn der Generaldirektor der ersten Generalversammlung, die nach Ablauf dieser Frist stattfindet, zum Beschluss vor. Der Beschluss wird durch Konsens der anwesenden oder vertretenen Mitglieder gefasst. Nach der Annahme durch die Generalversammlung werden die Änderungen den innerstaatlichen Verfahren der Annahme, Genehmigung oder Ratifikation unterzogen, die in den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Mitglieder vorgesehen sind. Sie treten am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der Annahme-, Genehmigungs- oder Ratifikationsurkunde durch insgesamt zwei Drittel plus eines der Mitglieder in Kraft.

(2) Eine Revision dieses Übereinkommens wird von Rechts wegen vorgenommen, wenn zwei Drittel plus eines der Mitglieder einem entsprechenden Antrag zustimmen. In diesem Fall beruft die französische Regierung innerhalb von sechs Monaten eine Konferenz der Mitglieder ein. Die Tagesordnung und die Revisionsvorschläge werden den Mitgliedern mindestens zwei Monate vor dem Zusammentritt

Director General of the O.I.V. shall act as Secretary General.

3. Before a revised agreement enters into force, the General Assembly of the Organisation shall define, under conditions determined by the present Agreement and by the Internal Rules in Article 10, to what extent the members party to the present Agreement, who have not deposited an instrument of acceptance, approval, ratification or accession may participate in the O.I.V.'s activities after it has entered into force.

Chapter VIII **Internal Rules**

Article 10

The General Assembly shall adopt the O.I.V.'s Internal Rules setting out, as necessary, the terms and conditions for implementation of this Agreement. Until this adoption, the rules of the International Vine and Wine Office shall apply to the O.I.V. In particular, they shall determine the remit and operating rules of the bodies referred to in the foregoing Articles, the conditions under which observers may participate, the conditions for examining the proposed reservations to the present Agreement and the provisions for the administrative and financial management of the O.I.V. They shall also describe the conditions for communicating documents, particularly those concerning funding, to the members of the General Assembly and the Executive Committee prior to making decisions.

Chapter IX **Final Clauses**

Article 11

The O.I.V. shall have legal personality, and shall be accorded by each of its members such legal capacity as may be necessary for the exercise of its activities.

Article 12

Proposed reservations to this Agreement may be formulated. They shall be accepted by the General Assembly in accordance with the provisions of Article 5, paragraph 3.a.

Article 13

This Agreement shall be open for signature by all Member States of the International Vine and Wine Office until 31 July 2001. This Agreement shall be subject to acceptance, approval, ratification or accession.

arrête elle-même sa procédure. Le Directeur général de l'O.I.V. y fait fonction de Secrétaire général.

3. Avant l'entrée en vigueur d'un accord révisé, l'Assemblée générale de l'Organisation définit, dans les conditions fixées par le présent Accord et par le Règlement intérieur visé à l'article 10, dans quelle mesure les Etats parties au présent Accord qui n'auront pas déposé d'instrument d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion pourront participer aux activités de l'O.I.V., après sa date d'entrée en vigueur.

Chapitre VIII **Règlement intérieur**

Article 10

L'Assemblée générale adopte le Règlement de l'O.I.V. qui précise, en tant que de besoin, les modalités d'application du présent Accord. Jusqu'à cette adoption, le Règlement de l'Office International de la Vigne et du Vin reste en vigueur. Il fixe, notamment, les attributions, les règles de fonctionnement des organes visés dans les articles précédents, les conditions de participation des observateurs, ainsi que les modalités d'examen des propositions de réserves qui peuvent être formulées au présent Accord et les dispositions relatives à la gestion administrative et financière de l'O.I.V. Il précise aussi les conditions suivant lesquelles les documents nécessaires aux membres de l'Assemblée générale et du Comité exécutif leurs seront communiqués, en particulier en ce qui concerne le financement, avant la prise de décision en la matière.

Chapitre IX **Clauses finales**

Article 11

L'O.I.V. aura la personnalité juridique et se verra accordé par chacun de ses membres la capacité juridique qui pourra être nécessaire à l'exercice de ses attributions.

Article 12

Des propositions de réserves au présent Accord peuvent être formulées. Elles devront être acceptées par l'Assemblée générale, conformément aux dispositions de l'article 5, paragraphe 3.a.

Article 13

Le présent Accord est ouvert à la signature de tous les Etats membres de l'Office International de la Vigne et du Vin jusqu'au 31 juillet 2001. Il est soumis à acceptation, approbation, ratification ou adhésion.

der Konferenz mitgeteilt. Die so einberufene Konferenz beschließt ihre Verfahrensregeln. Der Generaldirektor der O.I.V. nimmt dabei die Aufgaben eines Generalsekretärs wahr.

(3) Vor dem Inkrafttreten eines revidierten Übereinkommens bestimmt die Generalversammlung der Organisation nach Maßgabe dieses Übereinkommens und der in Artikel 10 genannten Geschäftsordnung, inwieweit sich die Staaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, aber keine Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, nach dem Inkrafttreten an den Tätigkeiten der O.I.V. beteiligen können.

Kapitel VIII **Geschäftsordnung**

Artikel 10

Die Generalversammlung nimmt die Geschäftsordnung der O.I.V. an, in der nach Bedarf die Modalitäten für die Anwendung dieses Übereinkommens festgelegt werden. Bis zu dieser Annahme bleibt die Geschäftsordnung des Internationalen Amtes für Rebe und Wein in Kraft. Insbesondere werden in der Geschäftsordnung die Aufgaben und die Arbeitsweise der in den vorangehenden Artikeln genannten Organe, die Bedingungen für die Beteiligung der Beobachter sowie die Modalitäten für die Prüfung der Vorschläge für Vorbehalte zu diesem Übereinkommen und die Bestimmungen über die Verwaltung und Finanzverwaltung der O.I.V. festgelegt. Die Geschäftsordnung enthält auch die Bedingungen für die Übermittlung der erforderlichen Unterlagen an die Mitglieder der Generalversammlung und des Exekutiv-ausschusses, insbesondere bezüglich der Finanzierung, und zwar vor der jeweiligen Beschlussfassung.

Kapitel IX **Schlussbestimmungen**

Artikel 11

Die O.I.V. besitzt Rechtspersönlichkeit; jedes Mitglied überträgt ihr die Rechtsfähigkeit, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

Artikel 12

Vorschläge für Vorbehalte zu diesem Übereinkommen können angebracht werden. Sie müssen nach Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe a von der Generalversammlung angenommen werden.

Artikel 13

Dieses Übereinkommen liegt für alle Mitgliedstaaten des Internationalen Amtes für Rebe und Wein bis zum 31. Juli 2001 zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Annahme, Genehmigung, Ratifikation oder des Beitritts.

Article 14

Any state not referred to in Article 13 of this Agreement may apply to become a member. Applications for membership shall be made directly to the O.I.V., with a copy to the Government of the French Republic, which shall notify signatories of, or Parties to the Agreement of such applications. The O.I.V. shall provide information to its members concerning applications for membership and any observations made. Members have six months in which to inform the O.I.V. of their opinion. The application shall be accepted if at the expiration of six months from the date of notification a majority of members has not opposed it. The depositary shall notify the State of the outcome of its application. If the application is successful, the State concerned shall have twelve months within which to deposit its instrument of accession with the depositary. States referred to in Article 13 that have not signed this Agreement within the given time limit may accede at any time.

Article 15

Instruments of acceptance, approval, ratification or accession shall be deposited with the Government of the French Republic, which shall notify signatories and Parties to this Agreement of these instruments. Instruments of acceptance, approval, ratification or accession shall be filed in the archives of the Government of the French Republic.

Article 16

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the year following the deposit of the thirty-first instrument of acceptance, approval, ratification or accession.

2. For each State which accepts, approves or ratifies this Agreement or accedes to it thereafter, this Agreement shall enter into force on the thirtieth day following the deposit by this State of its instrument of acceptance, approval, ratification or accession.

3. The General Assembly of the International Vine and Wine Office shall define, under conditions determined by the Agreement of 29 November 1924, as amended and by the Rules of Procedure attached to it, to what extent the States which have not deposited their instrument of acceptance, approval, ratification or accession, may participate in O.I.V. activities after the entry into force of this Agreement.

Article 17

1. The Agreement of 29 November 1924, as amended, shall be terminated by the unanimous decision of the first General Assembly following the entry into force of this Agreement, unless all Parties to the

Article 14

Tout Etat non visé à l'article 13 du présent Accord peut demander à y adhérer. Les demandes d'adhésion sont directement adressées à l'O.I.V., avec copie au Gouvernement de la République française, qui procède à leur notification auprès des Etats signataires ou parties au présent Accord. L'O.I.V. informe ses membres des demandes présentées et de chacune des observations éventuelles formulées. Ils disposent d'un délai de six mois pour faire connaître leur avis à l'O.I.V. Au terme du délai de six mois, l'adhésion est acquise si une majorité de membres ne s'y est pas opposée. Le dépositaire notifiera à l'Etat la suite donnée à sa demande. Si elle est acceptée, l'Etat concerné disposera de douze mois pour déposer son instrument d'adhésion au dépositaire. Tout Etat visé à l'article 13 qui n'a pas signé le présent Accord dans les délais prescrits peut y adhérer à tout moment.

Article 15

Les instruments d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement de la République française qui procède à leur notification aux Etats signataires ou parties au présent Accord. Les instruments d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion sont déposés dans les archives du Gouvernement de la République française.

Article 16

1. Le présent Accord entre en vigueur le premier jour de l'année suivant le dépôt du trente et unième instrument d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chacun des Etats qui acceptent, approuvent ou ratifient le présent Accord ou y adhèrent après sa date d'entrée en vigueur, le présent Accord s'applique le trentième jour après le dépôt par cet Etat de son instrument d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion.

3. L'Assemblée générale de l'Office International de la Vigne et du Vin définit, dans les conditions fixées par l'Arrangement du 29 novembre 1924 modifié et par le Règlement intérieur en découlant, dans quelle mesure les Etats parties à l'Arrangement précité qui n'ont pas déposé d'instrument d'acceptation, d'approbation, de ratification ou d'adhésion peuvent participer aux activités de l'O.I.V., après sa date d'entrée en vigueur.

Article 17

1. L'Arrangement du 29 novembre 1924 modifié prend fin par une décision unanime de la première Assemblée générale suivant l'entrée en vigueur du présent Accord, sauf si tous les Etats parties à l'Arrangement

Artikel 14

Jeder nicht in Artikel 13 dieses Übereinkommens genannte Staat kann seinen Beitritt beantragen. Die Beitrittsanträge werden direkt an die O.I.V. gerichtet, mit einer Kopie an die Regierung der Französischen Republik, die sie den Staaten, die Unterzeichner oder Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, notifiziert. Die O.I.V. unterrichtet ihre Mitglieder über die eingereichten Anträge und etwaige Anmerkungen. Die Mitglieder können der O.I.V. ihre Stellungnahme innerhalb einer Frist von sechs Monaten übermitteln. Nach Ablauf dieser sechsmonatigen Frist wird der Beitritt wirksam, wenn nicht eine Mehrheit der Mitglieder Einspruch erhoben hat. Der Verwahrer notifiziert dem Staat, wie mit seinem Antrag verfahren wird. Wird er angenommen, so hat der betreffende Staat innerhalb von zwölf Monaten seine Beitrittsurkunde beim Verwahrer zu hinterlegen. Jeder in Artikel 13 genannte Staat, der dieses Übereinkommen innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht unterzeichnet, kann jederzeit beitreten.

Artikel 15

Die Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese notifiziert sie den Staaten, die Unterzeichner oder Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Die Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden im Archiv der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Artikel 16

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Jahres, das auf die Hinterlegung der einunddreißigsten Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunde folgt, in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach dem Inkrafttreten annimmt, genehmigt oder ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt es am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

(3) Die Generalversammlung des Internationalen Amtes für Rebe und Wein legt nach Maßgabe des geänderten Abkommens vom 29. November 1924 und der darauf beruhenden Geschäftsordnung fest, inwieweit die Staaten, die Vertragsparteien des Abkommens sind, aber keine Annahme-, Genehmigungs-, Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben, nach seinem Inkrafttreten an den Tätigkeiten der O.I.V. teilnehmen können.

Artikel 17

(1) Das geänderte Abkommen vom 29. November 1924 wird durch einstimmigen Beschluss der ersten Generalversammlung nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens außer Kraft gesetzt, es

Agreement have unanimously agreed, prior to the entry into force of this Agreement, on conditions for its termination.

2. The "International Organisation of Vine and Wine" shall replace the International Vine and Wine Office with regard to all its rights and obligations.

Article 18

Any Party to this Agreement may denounce it at any time with six months written notice sent to the Director General of the O.I.V. and the Government of the French Republic. Observers may decide to withdraw with six months written notice sent to the Director General of the O.I.V.

Article 19

The original of this Agreement, of which the English, French, and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Government of the French Republic.

In witness whereof, the undersigned being duly authorised thereto by their Governments have signed the Agreement establishing the "International Organisation of Vine and Wine" (O.I.V.).

Done at Paris on 3 April 2001.

susvisé ont convenu, de façon unanime, avant l'entrée en vigueur du présent Accord, des conditions de cessation des effets dudit Arrangement.

2. L'«Organisation Internationale de la Vigne et du Vin» succède dans tous ses droits et obligations à l'Office International de la Vigne et du Vin.

Article 18

Tout membre partie au présent Accord peut le dénoncer à tout moment moyennant un préavis écrit de six mois adressé au Directeur général de l'O.I.V. et au Gouvernement de la République française. Tout observateur peut décider de se retirer de l'Organisation à tout moment moyennant un préavis écrit de six mois adressé au Directeur général de l'O.I.V.

Article 19

Le Gouvernement de la République française est dépositaire du présent Accord, dont les trois versions en langues française, espagnole et anglaise font également foi.

En foi de quoi, les soussignés dûment autorisés par leur Gouvernement ont apposé leur signature au présent Accord portant création de l'«Organisation Internationale de la Vigne et du Vin» (O.I.V.).

Fait à Paris, le 3 avril 2001.

sei denn, alle Vertragsstaaten des Abkommens haben vor Inkrafttreten dieses Übereinkommens einstimmig die Bedingungen für das Außerkrafttreten des Abkommens vereinbart.

(2) Die „Internationale Organisation für Rebe und Wein“ tritt in alle Rechte und Pflichten des Internationalen Amtes für Rebe und Wein ein.

Artikel 18

Jedes Mitglied, das Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, kann es jederzeit unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch eine an den Generaldirektor der O.I.V. und die Regierung der Französischen Republik gerichtete schriftliche Anzeige kündigen. Jeder Beobachter kann jederzeit beschließen, sich unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch eine an den Generaldirektor der O.I.V. gerichtete schriftliche Anzeige aus der Organisation zurückzuziehen.

Artikel 19

Die Regierung der Französischen Republik ist Verwahrer dieses Übereinkommens, dessen französischer, spanischer und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Zu Urkund dessen haben die von ihrer Regierung gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen zur Gründung der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (O.I.V.) mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen zu Paris am 3. April 2001.

Annex 1 referred to in Articles 4 and 6 of this Agreement

Method for determining the position of each member state in the vine and wine sector

1. Objective criteria determining the relative position of each member state in the vine and wine sector:
 - a) Average production of wines, special wines, musts, grape- or wine-based spirits (expressed in wine equivalents) over the last five-year period for which statistics are available, stripping out the two extreme values (P);
 - b) Average total surface area of the vineyard in the last three-year period for which statistics are available (S);
 - c) Average apparent consumption of wine and wine equivalents over the last three years for which statistics are available (C) = (P) production - E (exports) + I (imports).
2. Formula for determining the coefficient for each member state:

$$X\% = \left(0.60 \frac{P_{(\text{member state})}}{P_{(\text{O.I.V. Total})}} + 0.20 \frac{S_{(\text{member state})}}{S_{(\text{O.I.V. Total})}} + 0.20 \frac{C_{(\text{member state})}}{C_{(\text{O.I.V. Total})}} \right) 100$$

3. The coefficient of each member state is updated:
 - a) at the start of the budget year following the accession of a new member;
 - b) every three years in light of the most recent available statistics.
4. New members:

New members joining the O.I.V. in future years must pay a compulsory financial contribution calculated according to the formula defined in the present Annex, with the addition of their participation to the specific funding for languages, in the conditions fixed in Annex 2.

Annex 2 referred to in Articles 4, 5 and 6 of this Agreement

Method for determining member states' voting rights, compulsory financial contributions and methods for language funding

1. Basic votes:

Each member state has two basic votes.

2. Additional votes:

The total number of additional votes is equal to half the total number of basic votes. Up to such amount, additional votes are allocated as appropriate, in addition to basic votes, to certain member states according to their relative position in the vine and wine sector, according to the formula given in Annex 1.

3. Weighted votes:

The number of each member state's weighted votes is equal to the sum of its basic votes and additional votes, if any.

4. Allocation of compulsory contributions:

The total amount of compulsory contributions to be paid by members is calculated on the basis of the budget adopted by the General Assembly.

One-third of the total amount of compulsory contributions is divided equally between the basic votes.

Two-thirds of the total amount of compulsory contributions are divided in proportion to additional votes.

In order to facilitate the transition between the former and present Agreement, the financial contribution corresponding to the two basic votes of each member state may not be lower, for the first budget year, than the "Unit of contribution" prior to the present Agreement entering into force. If necessary, the amount of financial contributions for additional votes are adjusted consequently to reach the total amount of compulsory contributions fixed by the adopted budget.

5. Funding of languages:

The funding of languages is fully provided for in the general budget of the O.I.V. and without any specific contribution by each linguistic group composed of members and observer users.

The detailed arrangements for implementing languages shall be determined by appropriate provisions in the Internal Rules.

Annexe n° 1 visée aux articles 4 et 6 du présent Accord

Modalités de détermination de la situation de chaque Etat membre dans le secteur vitivinicole

1. Critères objectifs déterminant la place relative de chaque Etat membre dans le secteur vitivinicole:
 - a) Moyenne de la production de vins, vins spéciaux, moûts, alcools d'origine vitivinicole (exprimés en équivalent vins) sur la dernière période quinquennale connue, après élimination des deux valeurs extrêmes (P);
 - b) Moyenne de la surface totale du vignoble sur les trois dernières années connues (S);
 - c) Moyenne de la consommation apparente de vins et équivalent vins, sur les trois dernières années connues (C) = (P) production – (E) exportations + (I) importations.
2. Formule d'application pour la détermination du coefficient de chaque Etat membre:

$$X\% = \left(0,60 \frac{P_{\text{(Etat membre)}}}{P_{\text{(Totale O.I.V.)}}} + 0,20 \frac{S_{\text{(Etat membre)}}}{S_{\text{(Totale O.I.V.)}}} + 0,20 \frac{C_{\text{(Etat membre)}}}{C_{\text{(Totale O.I.V.)}}} \right) 100$$

3. Actualisation du coefficient de chaque Etat membre effectuée:
 - a) au début de l'exercice budgétaire suivant l'adhésion d'un nouveau membre;
 - b) tous les trois ans par la prise en compte des dernières données statistiques connues.
4. Nouvelles adhésions:

Les nouveaux membres adhérant à l'O.I.V. dans les années à venir doivent s'acquitter d'une contribution financière obligatoire, calculée intégralement à partir de la formule d'application définie dans la présente annexe, à laquelle s'ajoute leur participation au financement spécifique des langues, dans les conditions fixées dans l'annexe n° 2.

Annexe n° 2 visée aux articles 4, 5 et 6 du présent Accord**Détermination des droits de vote,
des contributions financières obligatoires des Etats membres
et des modalités de financement des langues**

1. Voix de base:

Chaque Etat membre dispose d'un nombre de voix de base égal à deux.

2. Voix additionnelles:

Le nombre total de voix additionnelles est égal à la moitié du total des voix de base. Dans la limite de celui-ci, des voix additionnelles sont attribuées, le cas échéant, en plus des voix de base à certains Etats membres, en fonction de leur place relative dans le secteur vitivinicole, telle qu'elle résulte de l'application de la formule définie à l'annexe n° 1.

3. Voix pondérées:

Le nombre de voix pondérées pour chaque Etat membre est égal à la somme des voix de base et des voix additionnelles éventuelles dont il dispose.

4. Répartition des contributions obligatoires:

Le montant total des contributions obligatoires à appeler auprès des Etats membres est calculé à partir du budget adopté par l'Assemblée générale.

Un tiers du montant total des contributions obligatoires est réparti uniformément sur les voix de base.

Deux tiers du montant total des contributions obligatoires sont répartis au prorata des voix additionnelles.

Pour faciliter la transition entre l'ancien et le présent Accord, la contribution financière correspondant aux deux voix de base détenues par chaque Etat membre ne peut pas être inférieure au montant de «l'unité de cotisation» appelée au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord, pour le premier exercice budgétaire. Le cas échéant, les montants des contributions financières au titre des voix additionnelles sont ajustés en conséquence pour atteindre le montant total des contributions obligatoires découlant du budget adopté.

5. Financement des langues:

Le financement des langues est assuré en totalité par imputation sur le budget général de l'O.I.V. et sans contribution spécifique de chaque groupe linguistique composé des membres et observateurs utilisateurs.

Les modalités de mise en œuvre des langues feront l'objet de dispositions particulières fixées dans le Règlement intérieur.

In den Artikeln 4 und 6 dieses Übereinkommens bezeichnete Anlage 1

**Modalitäten für die Bestimmung
der Stellung jedes Mitgliedstaats im Weinbausektor**

(Übersetzung)

1. Objektive Kriterien zur Bestimmung der relativen Stellung jedes Mitgliedstaats im Weinbausektor:
 - a) Durchschnitt der Erzeugung von Weinen, Spezialweinen, Mosten und Weinalkohol (in Weinäquivalenten ausgedrückt) im letzten bekannten Fünfjahreszeitraum nach Eliminierung der beiden Extremwerte (P);
 - b) Durchschnitt der gesamten Rebfläche in den drei letzten bekannten Jahren (S);
 - c) Durchschnitt des offensichtlichen Verbrauchs von Weinen und Weinäquivalenten in den drei letzten bekannten Jahren (C) = (P) Produktion – (E) Exporte + (I) Importe.
2. Formel für die Bestimmung des Koeffizienten jedes Mitgliedstaats:

$$X\% = \left(0,60 \frac{P \text{ (Mitgliedstaat)}}{P \text{ (O.I.V. insgesamt)}} + 0,20 \frac{S \text{ (Mitgliedstaat)}}{S \text{ (O.I.V. insgesamt)}} + 0,20 \frac{C \text{ (Mitgliedstaat)}}{C \text{ (O.I.V. insgesamt)}} \right)$$

3. Aktualisierung des Koeffizienten jedes Mitgliedstaats:
 - a) zu Beginn des nächsten Haushaltsjahrs nach dem Beitritt eines neuen Mitglieds;
 - b) alle drei Jahre durch die Berücksichtigung der letzten bekannten statistischen Daten.
4. Neue Beitritte:

Die neuen Mitglieder, die der O.I.V. in den kommenden Jahren beitreten, haben einen Pflichtbeitrag zu leisten, der nach der in dieser Anlage festgelegten Formel berechnet wird, zuzüglich der Beteiligung an der besonderen Finanzierung der Sprachen nach Anlage 2.

In den Artikeln 4, 5 und 6 dieses Übereinkommens bezeichnete Anlage 2

**Festlegung der Stimmrechte,
der Pflichtbeiträge der Mitgliedstaaten
und der Modalitäten für die Finanzierung der Sprachen**

(Übersetzung)

1. Grundstimmen:

Jeder Mitgliedstaat verfügt über zwei Grundstimmen.

2. Zusatzstimmen:

Die Gesamtzahl der Zusatzstimmen entspricht der Hälfte der Gesamtzahl der Grundstimmen. Innerhalb dieses Rahmens werden die Zusatzstimmen gegebenenfalls bestimmten Mitgliedstaaten entsprechend ihrer relativen Stellung im Weinbausektor über die Grundstimmen hinaus zugestanden, wobei die in Anlage 1 festgelegte Formel angewendet wird.

3. Gewichtete Stimmen:

Die Zahl der gewichteten Stimmen für jeden Mitgliedstaat entspricht der Summe der Grundstimmen und der etwaigen Zusatzstimmen.

4. Aufteilung der Pflichtbeiträge:

Der Gesamtbetrag der Pflichtbeiträge, die bei den Mitgliedstaaten zu erheben sind, wird auf der Grundlage des von der Generalversammlung angenommenen Haushalts berechnet.

Ein Drittel des Gesamtbetrags der Pflichtbeiträge wird gleichmäßig auf die Grundstimmen aufgeteilt.

Zwei Drittel des Gesamtbetrags der Pflichtbeiträge werden entsprechend den Zusatzstimmen aufgeteilt.

Zur Erleichterung des Übergangs vom alten Abkommen zu diesem Übereinkommen darf der finanzielle Beitrag, der den zwei Grundstimmen jedes Mitgliedstaats entspricht, für das erste Haushaltsjahr nicht niedriger sein als der Betrag der „Beitrags-einheit“, der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens erhoben wird. Gegebenenfalls werden die Beträge der finanziellen Beiträge für die Zusatzstimmen in der Folge angepasst, um den Gesamtbetrag der Pflichtbeiträge, der sich aus dem angenommenen Haushalt ergibt, zu erreichen.

5. Finanzierung der Sprachen:

Die Finanzierung der Sprachen erfolgt voll und ganz aus dem allgemeinen Haushalt der O.I.V. und ohne besondere Beiträge jeder Sprachgruppe der Mitglieder und Beobachter, die diese Sprachen verwenden.

Für die Umsetzungsmodalitäten der Sprachen gelten besondere Bestimmungen, die in der Geschäftsordnung niedergelegt werden.

**Bekanntmachung
des deutsch-ecuadorianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. August 2002

Das in Quito am 18. Juli 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 18. Juli 2002

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. August 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ecuador
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Ecuador –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ecuador,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Ecuador beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 14. und 15. März 2000 in Quito durchgeführten Regierungsverhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ecuador oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu einem Betrag von insgesamt 14 725 054,09 EUR (in Worten: vierzehn Millionen siebenhundertfünfundzwanzigtausendvierundfünfzig Euro und neun Cent; nachrichtlich in Deutsche Mark: 28 799 702,55 DM):
 - a) „Stadtentwicklung Babahoyo“ bis zu 1 686 755,67 EUR (in Worten: eine Million sechshundertsechszwanzigtausendsiebenhundertfünfundfünfzig Euro und siebenundsechzig Cent; nachrichtlich in Deutsche Mark: 3 299 007,35 DM);
 - b) „Gemeindeentwicklung in Mittelstädten“ bis zu 13 038 298,42 EUR (in Worten: dreizehn Millionen achtunddreißigtausendzweihundertachtundneunzig Euro und zweiundvierzig Cent; nachrichtlich in Deutsche Mark: 25 500 695,20 DM),
wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;
2. einen Finanzierungsbeitrag bis zu einem Betrag von insgesamt 3 579 043,17 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreihundertvierzig Euro und sieben Cent; nachrichtlich in Deutsche Mark: 7 000 000,– DM) für das Vorhaben „Integriertes Management von Wassereinzugsgebieten im Amazonas“, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt;
3. einen Finanzierungsbeitrag für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds („Studien- und Fachkräftefonds III für Vorhaben der Tropenwalderhaltung“) bis zu 511 291,88 EUR

(in Worten: fünfhundertfiftausendzweihunderteinundneunzig Euro und achtundachtzig Cent; nachrichtlich in Deutsche Mark: 1 000 000,- DM).

(2) Kann bei dem in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Ecuador, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ecuador durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe, als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Ecuador zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen oder der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Ecuador, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Ecuador, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Ecuador stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Ecuador erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Ecuador überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen

oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Reprogrammierung von Darlehen für das Vorhaben „Stadtentwicklung Babahoyo“ (Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a):

1. das im Abkommen vom 30. Januar 1980 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Projektbestimmte Warenhilfe für Elektrizitätsversorgung Los Ríos“, vorgesehene Darlehen in Höhe von 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,41 EUR) wird mit einem Betrag von 594 138,21 DM (in Worten: fünfhundertvierundneunzigtausendeinhundertachtunddreißig Deutsche Mark und einundzwanzig Pfennig; nachrichtlich in Euro: 303 778,04 EUR) reprogrammiert;
2. die im Abkommen vom 14. September 1988 über Finanzielle Zusammenarbeit für die Vorhaben „Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Mittelstädte“ und „Kreditprogramm handwerkliche Fischerei (Banco Nacional de Fomento/BNF II)“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 18 000 000,- DM (in Worten: achtzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 9 203 253,86 EUR) und 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,41 EUR) werden mit einem Betrag von 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 022 583,76 EUR) und 704 869,14 DM (in Worten: siebenhundertvierundachtundneunundsechzig Deutsche Mark und vierzehn Pfennig; nachrichtlich in Euro: 360 393,87 EUR) reprogrammiert.

(2) Reprogrammierung von Darlehen für das Vorhaben „Gemeindeentwicklung in Mittelstädten“ (Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b):

1. die im Abkommen vom 14. September 1988 über Finanzielle Zusammenarbeit für die Vorhaben „Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Mittelstädte“ und „Kreditprogramm handwerkliche Fischerei (Banco Nacional de Fomento/BNF II)“ vorgesehenen Darlehen in Höhe von 18 000 000,- DM (in Worten: achtzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 9 203 253,86 EUR) und 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 556 459,41 EUR) werden mit einem Betrag von 13 703 657,50 DM (in Worten: dreizehn Millionen siebenhundertdreitausendsechshundertsebenundfünfzig Deutsche Mark und fünfzig Pfennig; nachrichtlich in Euro: 7 006 568,82 EUR) und 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 2 045 167,52 EUR) reprogrammiert;
2. das im Abkommen vom 1. Oktober 1990 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Santo Domingo de los Colorados“ vorgesehene Darlehen in Höhe von 8 000 000,- DM (in Worten: acht Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 4 090 335,05 EUR) wird mit einem Betrag von 7 797 037,70 DM (in Worten: sieben Millionen siebenhundertsiebenundneunzigtausendsiebenunddreißig Deutsche Mark und sieben Pfennig; nachrichtlich in Euro: 3 986 562,07 EUR) reprogrammiert.

(3) Reprogrammierung von Finanzierungsbeiträgen für das Vorhaben „Integriertes Management von Wassereinzugsgebieten im Amazonas“ (Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2):

1. der im Abkommen vom 1. Oktober 1990 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Tropenwalderhaltung (Erhaltung und wirtschaftliche Nutzung des Waldes)“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22 EUR) wird reprogrammiert;
2. der im Abkommen vom 31. Mai 1993 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Waldschutzprojekt Gran Sumaco“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag von 3 000 000,- DM

(in Worten: drei Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 1 533 875,64 EUR) wird reprogrammiert.

(4) Reprogrammierung eines Finanzierungsbeitrages für den „Studien- und Fachkräftefonds III für Vorhaben der Tropenwalderhaltung“ (Artikel 1 Absatz 1 Nummer 3):

Der im Abkommen von 1990 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Tropenwaldschutz (Erhaltung und wirtschaftliche Nutzung des Waldes)“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deut-

sche Mark; nachrichtlich in Euro: 7 669 378,22 EUR) wird mit einem Betrag von 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark; nachrichtlich in Euro: 511 291,88 EUR) reprogrammiert.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Quito am 18. Juli 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
S. Woelker

Für die Regierung der Republik Ecuador
Heinz Moeller Freile

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens

Vom 5. September 2002

Das Übereinkommen vom 1. März 1991 über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens (BGBl. 1998 II S. 2301) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für folgende weitere Staaten, die nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt haben, keine Herstellerstaaten zu sein, in Kraft getreten:

| | |
|---------------------|-------------------|
| Bolivien | am 2. April 2002 |
| Grenada | am 16. März 2002 |
| Island | am 23. Juli 2002 |
| Nigeria | am 9. Juli 2002 |
| St. Kitts und Nevis | am 8. Juli 2002 |
| Weißrussland | am 7. April 2002. |

Das Übereinkommen ist ferner für folgenden weiteren Staat, der nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt hat, Herstellerstaat zu sein, in Kraft getreten:

| | |
|-----------------|-----------------|
| Korea, Republik | am 3. März 2002 |
|-----------------|-----------------|

nach Maßgabe des Vorbehalts, an Artikel XI Abs. 1 nicht gebunden zu sein.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. März 2002 (BGBl. II S. 1019).

Berlin, den 5. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung
des Übereinkommens über das vereinfachte Auslieferungsverfahren
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Vom 13. September 2002

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. September 1998 zu dem Übereinkommen vom 10. März 1995 über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 1998 II S. 2229) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland

im Verhältnis zu dem

Vereinigten Königreich mit Wirkung vom 20. März 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen

vorläufig angewandt wird. Es wird ferner im Verhältnis zu

Belgien mit Wirkung vom 14. Oktober 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen

vorläufig anwendbar werden.

II.

Belgien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Juli 2002 folgende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

- | | |
|---|--|
| <p>1. Déclaration concernant l'article 7: «Le consentement à la procédure simplifiée ainsi que la renonciation automatique au bénéfice de la règle de la spécialité qui y est associée, exprimés en application de la présente Convention, par une personne trouvée en Belgique, restent révocables et ce jusqu'à ce que cette personne soit remise entre les mains des autorités de l'Etat requérant.»</p> <p>2. Déclaration concernant l'article 9: «Les règles relatives à la spécialité prévues à l'article 14 de la Convention européenne d'extradition ne sont pas applicables lorsque la personne concernée consent à son extradition.»</p> <p>3. Déclaration concernant l'article 12: «La Belgique entend appliquer, en vue d'élargir les possibilités d'application de la procédure simplifiée, le paragraphe 1 second tiret et le paragraphe 2 de l'article 12.»</p> <p>4. Déclaration concernant l'article 15: «La Belgique désigne comme autorités compétentes d'une part, pour l'application des articles 4 à 8 et 10, les parquets de première instance et d'autre part, pour l'application de l'article 14, le Service des cas individuels en matière de coopération judiciaire internationale de la Direction générale de la Législation pénale et des Droits de l'homme du Ministère de la Justice.»</p> | <p>1. Erklärung zu Artikel 7: „Die von einer in Belgien aufgegriffenen Person gemäß diesem Übereinkommen bekundete Zustimmung zum vereinfachten Verfahren sowie der damit verbundene automatische Verzicht auf den Schutz des Grundsatzes der Spezialität sind bis zum Zeitpunkt der Übergabe dieser Person an die Behörden des ersuchenden Staates widerruflich.“</p> <p>2. Erklärung zu Artikel 9: „Die Grundsätze der Spezialität gemäß Artikel 14 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens gelten nicht, wenn die betreffende Person ihre Zustimmung zu der Auslieferung gibt.“</p> <p>3. Erklärung zu Artikel 12: „Belgien beabsichtigt, zur Ausweitung der Anwendungsmöglichkeit des vereinfachten Verfahrens Artikel 12 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich und Absatz 2 anzuwenden.“</p> <p>4. Erklärung zu Artikel 15: „Belgien bestimmt als zuständige Behörde im Sinne der Artikel 4 bis 8 und 10 die Staatsanwaltschaften erster Instanz einerseits und im Sinne des Artikels 14 das Dezernat für Einzelfälle der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen der Generaldirektion Strafgesetzgebung und Menschenrechte des Justizministeriums andererseits.“</p> |
|---|--|

5. Déclaration concernant l'article 16:

«La présente Convention est applicable, en ce qui concerne la Belgique, sur base de l'article 16, dans ses rapports avec les Etats membres qui auront formulé la même déclaration.»

5. Erklärung zu Artikel 16:

„Für Belgien findet dieses Übereinkommen auf der Grundlage des Artikels 16 Anwendung.“

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Dezember 2001 folgende Erklärungen abgegeben:

(Übersetzung)

"Article 7

The United Kingdom reserves the right for the consent of the arrested person to be given before any of the competent authorities determined in accordance with Article 15.

„Artikel 7

Das Vereinigte Königreich macht einen Vorbehalt dahingehend geltend, dass die in Haft genommene Person berechtigt ist, ihre Zustimmung vor einer der gemäß Artikel 15 bestimmten zuständigen Behörden zu erklären.

Article 9

The United Kingdom declares that the rules laid down in Article 14 of the European Convention on Extradition do not apply where the person in accordance with Article 7 of this Convention consents to extradition.

Artikel 9

Das Vereinigte Königreich erklärt, dass die Vorschriften des Artikels 14 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens keine Anwendung finden, wenn die Person gemäß Artikel 7 des vorliegenden Übereinkommens der Auslieferung zustimmt.

Article 12

The United Kingdom intends to apply Article 12 (1) and Article 12 (2).

Artikel 12

Das Vereinigte Königreich beabsichtigt, Artikel 12 Absätze 1 und 2 anzuwenden.

Article 14

The provisions of Article 14 do not apply to the United Kingdom because of its reservation to Article 21 of the European Convention on Extradition.

Artikel 14

Artikel 14 findet auf das Vereinigte Königreich wegen seines Vorbehalts zu Artikel 21 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens keine Anwendung.

Article 15

In accordance with Article 15, the United Kingdom declares that the competent authorities for the purpose of Articles 4 to 8 and 10 are the Home Office, the Scottish Ministers, the Scottish Executive Justice Department, the Senior District Judge (Chief Magistrate) or another District Judge (Magistrates' Courts) and a sheriff of Lothian and Borders.

Artikel 15

Das Vereinigte Königreich erklärt im Einklang mit Artikel 15, dass das Ministerium des Inneren, die schottischen Minister, das schottische Justizministerium, Senior District Judge (Chief Magistrate) oder andere District Judge (Magistrates' Courts) sowie ein Sheriff in Lothian and Borders zuständige Behörden im Sinne der Artikel 4 bis 8 und 10 sind.

Article 16

In accordance with Article 16 (3), the United Kingdom declares that until its entry into force, this Convention shall apply to it in its relations with Member States which have made the same declaration 90 days after the date of deposit of the United Kingdom's instrument of ratification."

Artikel 16

Das Vereinigte Königreich erklärt im Einklang mit Artikel 16 Absatz 3, dass dieses Übereinkommen neunzig Tage nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Vereinigten Königreichs für das Vereinigte Königreich bis zu seinem Inkrafttreten gegenüber den Mitgliedstaaten anwendbar wird, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Oktober 2001 (BGBl. II S. 1225).

Berlin, den 13. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
über die vorläufige Anwendung
des Übereinkommens über die Auslieferung
zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

Vom 13. September 2002

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 7. September 1998 zu dem Übereinkommen vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (BGBl. 1998 II S. 2253) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach seinem Artikel 18 Abs. 4 für die

Bundesrepublik Deutschland

im Verhältnis zu dem

Vereinigten Königreich mit Wirkung vom 20. März 2002
nach Maßgabe der nachstehend abgedruckten, bei Hinterlegung der
Ratifikationsurkunde am 20. Dezember 2001 abgegebenen Erklärungen

vorläufig angewandt wird.

(Übersetzung)

“Article 11

Pursuant to Article 11, the United Kingdom declares that in its relations with other Member States that have made the same declaration, consent for the purposes of Article 14 (1)(a) of the European Convention on Extradition is presumed to have been given unless it indicates otherwise when granting extradition in a particular case.

Article 13

With regard to Article 13 (2), the United Kingdom designates the following central authorities as responsible for transmitting and receiving extradition requests as set out in Article 13 (1). Where a request is made to the United Kingdom, the central authorities are the Home Office and the Scotland Office. Where the request is made by the United Kingdom, the central authorities are the Home Office, the Scottish Executive Justice Department and the Northern Ireland Office.

Article 16

The provisions of Article 16 do not apply to the United Kingdom because of its reservation to Article 21 of the European Convention on Extradition.

„Artikel 11

Aufgrund von Artikel 11 erklärt das Vereinigte Königreich, dass in seinen Beziehungen zu anderen Mitgliedstaaten, die die gleiche Erklärung abgegeben haben, die Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a des Europäischen Auslieferungsübereinkommens als erteilt angesehen wird, sofern es nicht bei der Bewilligung der Auslieferung im Einzelfall etwas anderes mitteilt.

Artikel 13

Gemäß Artikel 13 Absatz 2 benennt das Vereinigte Königreich die folgenden zentralen Behörden, die beauftragt sind, die Auslieferungersuchen im Sinne von Artikel 13 Absatz 1 zu übermitteln und in Empfang zu nehmen. Für Ersuchen, die an das Vereinigte Königreich gerichtet werden, sind das Innenministerium (Home Office) und das Ministerium für Schottland (Scotland Office) zuständig. Für Ersuchen des Vereinigten Königreichs sind das Innenministerium, das schottische Justizministerium (Scottish Executive Justice Department) und das Ministerium für Nordirland (Northern Ireland Office) zuständig.

Artikel 16

Artikel 16 findet auf das Vereinigte Königreich wegen seines Vorbehalts gegen Artikel 21 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens keine Anwendung.

Article 18

Pursuant to Article 18 (4), the United Kingdom declares that until its entry into force, this Convention shall apply to it in its relations with Member States which have made the same declaration 90 days after the date of deposit of the United Kingdom's instrument of ratification."

Artikel 18

Das Vereinigte Königreich erklärt im Einklang mit Artikel 18 Absatz 4, dass dieses Übereinkommen neunzig Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde des Vereinigten Königreichs für das Vereinigte Königreich bis zu seinem Inkrafttreten gegenüber den Mitgliedstaaten anwendbar wird, die eine Erklärung gleichen Inhalts abgegeben haben."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 27. Mai 2002 (BGBl. II S. 1653).

Berlin, den 13. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister**

Vom 13. September 2002

Das Protokoll vom 17. Oktober 1953 über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister (BGBl. 1971 II S. 1290) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

| | |
|-----------------------------|-------------------|
| Jugoslawien, Bundesrepublik | am 18. Juli 2002 |
| Malta | am 16. Juli 2002. |

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 22. März 2002 (BGBl. II S. 1039).

Berlin, den 13. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr
und des Protokolls zur Änderung des Abkommens**

Vom 13. September 2002

I.

Das Abkommen vom 12. Oktober 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (RGBl. 1933 II S. 1039) ist nach seinem Artikel 38 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Kap Verde am 8. Mai 2002.

II.

Folgender Staat hat der Regierung der Republik Polen seine Rechtsnachfolge zu dem Abkommen notifiziert:

St. Vincent und die Grenadinen am 3. Dezember 2001.

Dementsprechend sind

St. Vincent und die Grenadinen mit Wirkung vom 27. Oktober 1979, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, Vertragspartei des Abkommens geworden.

III.

Das Protokoll vom 28. September 1955 zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 1958 II S. 291) ist nach seinem Artikel XXIII für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Kap Verde am 8. Mai 2002

St. Vincent und die Grenadinen am 3. März 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. August 2000 (BGBl. II S. 1152).

Berlin, den 13. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: DMB Bundesdruckerei GmbH & Co. KG

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

**Berichtigung der Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
von Anlage V und Anhang 3 des Übereinkommens
über den Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks
(OSPAR-Übereinkommen)**

Vom 19. September 2002

In der Bekanntmachung vom 1. August 2002 über das Inkrafttreten von Anlage V und Anhang 3 des Übereinkommens über den Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) – BGBl. II S. 2303 – ist das Datum des Inkrafttretens „13. Januar 2001“ durch „13. Januar 2002“ zu ersetzen.

Berlin, den 19. September 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier